

Frühlings-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2022–2023

Krieg in der Ukraine überschattet Aufschwung

Sperrfrist: Freitag, 25. März 2022, 10:30 Uhr



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES
Vienna

Frühlings-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2022–2023

Krieg in der Ukraine überschattet Aufschwung

Martin Ertl

Ines Fortin

Daniela Grozea-Helmenstein

Jaroslava Hlouskova

Helmut Hofer

Sebastian P. Koch

Robert M. Kunst

Zuzana Molnárová

Michael Reiter

Klaus Weyerstraß



AutorInnen

Martin Ertl, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer, Sebastian P. Koch, Robert M. Kunst, Zuzana Molnárová, Michael Reiter, Klaus Weyerstraß

Titel

Frühlings-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2022–2023
Krieg in der Ukraine überschattet Aufschwung
Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 121

Kontakt

Michael Reiter

T +43 1 59991-154

E mreiter@ihs.ac.at

Helmut Hofer

T +43 1 59991-251

E hofer@ihs.ac.at

Klaus Weyerstraß

T +43 1 59991-233

E klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

Paul Glück (Public Relations)

T +43 660 150 5001

E glueck@paulglueck.com

2022 Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

T +43 1 59991-0

F +43 1 59991-555

www.ihs.ac.at

ZVR: 066207973

Alle Inhalte sind ohne Gewähr. Jegliche Haftung der Mitwirkenden oder des IHS aus dem Inhalt dieses Werks ist ausgeschlossen.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung und Zusammenfassung	7
2	Die internationale Konjunktur	16
2.1	Überblick.....	16
2.2	Länderprognosen.....	23
3	Die österreichische Außenwirtschaft.....	36
4	Perspektiven der Inlandskonjunktur.....	38
5	Monetäre Prognose	49
6	Tabellenanhang.....	53

Krieg in der Ukraine überschattet Aufschwung

Der Krieg in der Ukraine und die gegen Russland verhängten Sanktionen belasten die Weltwirtschaft. Die Unsicherheit über die weitere Entwicklung hat die bereits hohen Rohstoff- und Energiepreise weiter angetrieben. Die Sanktionen der westlichen Staatengemeinschaft führen zu Exportausfällen. Zumindest kurzfristig dürfte sich auch die Lieferkettenproblematik verschärfen. Folglich verlangsamt sich der durch den Wegfall der pandemiebedingten Hemmnisse getragene Wirtschaftsaufschwung. Das Institut senkt seine Prognose für das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts auf 3,6 % in diesem bzw. 2,3 % im kommenden Jahr. Getrieben vom Energiepreisschock sollten die Verbraucherpreise mit 5,5 % bzw. 2,3 % deutlich stärker zulegen als noch im Dezember erwartet. Bei dieser Prognose bestehen äußerst große Unsicherheiten und beträchtliche Abwärtsrisiken. Allfällige wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Dämpfung der Folgen der hohen Inflation sollten treffsicher erfolgen und keinesfalls die Lenkungseffekte des Preisanstiegs der fossilen Energieträger konterkarieren.

1 Einleitung und Zusammenfassung

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und seine wirtschaftlichen Folgen bremsen den Aufschwung der österreichischen Volkswirtschaft. Zu Jahresbeginn hat sich der kräftige Aufholprozess, nach einer kurzen Dämpfung durch den Lockdown im vierten Quartal 2021, fortgesetzt. In den ersten beiden Monaten des heurigen Jahres lag die heimische Wirtschaftsleistung wieder über dem Vorkrisenniveau. Die Frühindikatoren deuteten auf eine Fortsetzung der kräftigen Wirtschaftserholung. Allerdings erhöhte sich die Inflation, getrieben primär von den steigenden Rohstoff- und Energiepreisen. Am 24. Februar griff Russland die Ukraine an. Aufgrund der Unsicherheit kam es zu drastischen Anstiegen der Rohstoffpreise, und die wirtschaftliche Stimmung verschlechterte sich. Die gegen Russland verhängten Sanktionen belasten die Exportwirtschaft. Weiters verschärfte sich die Lieferkettenproblematik durch fehlende Vorleistungen, etwa aus der Ukraine.

Die Dauer der militärischen Auseinandersetzung ist gegenwärtig kaum abschätzbar. Für die Prognose wird unterstellt, dass die Sanktionen vorerst bestehen bleiben, aber nicht auf den Rohstoffhandel ausgeweitet werden. Die weitere Entwicklung der Rohstoffpreise wird anhand der Notierungen an den Terminbörsen abgeschätzt. Schätzungen des Instituts zeigen, dass ein vollständiger Ausfall der Exportmärkte Russland, Ukraine und Belarus die heimische Wertschöpfung um rund 1 % dämpfen würde. In der Winter-Prognose war das Institut noch davon ausgegangen, dass die heimische Wirtschaft im zweiten und dritten Quartal kräftig zulegen würde. Nunmehr

erwartet das Institut für diesen Zeitraum nur noch eine Zunahme der Wirtschaftsleistung um 0,1 % bzw. 0,2 % gegenüber dem jeweiligen Vorquartal. Treiber des Wachstums bleibt der private Konsum. Der robuste Arbeitsmarkt und die Rücknahme der Sparquote erlauben eine Konsumausweitung trotz höherer Inflation. Im weiteren Prognosezeitraum dürfte die konjunkturelle Dynamik wieder zulegen, wozu ein Nachlassen des Preisdrucks und der Lieferkettenprobleme beitragen sollten. Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts von 3,6 % bzw. 2,3 %.

Die Weltwirtschaft hat im Schlussquartal 2021 kräftig expandiert, allerdings mit regionalen Unterschieden. So beschleunigte sich das Wachstum in den USA auf 1,7 % gegenüber dem Vorquartal, während es sich im Euroraum, insbesondere aufgrund einer neuerlichen Corona-Welle, von 2,3 % auf 0,3 % abschwächte. Im laufenden Jahr belastet der Krieg in der Ukraine die Weltwirtschaft in vielerlei Hinsicht. Die drastischen Erhöhungen der Rohstoffpreise treiben die bereits vorher merklich angezogene Inflation weiter an. Die Sanktionen reduzieren die Exporte der westlichen Staaten nach Russland beträchtlich. Die Stimmungsindikatoren haben sich verschlechtert, was wohl auch die stark erhöhte Unsicherheit reflektiert. Die Aussichten für die internationale Konjunktur haben sich im Vergleich zur Winter-Prognose eingetrübt. Bei der Interpretation der Wachstumsraten ist der zunehmende Wegfall der pandemiebedingten Einschränkungen zu berücksichtigen. Mit 5,3 % bzw. 5,0 % wird das Wachstum in China unverändert eingeschätzt. Für die USA werden nunmehr Wachstumsraten von 3,4 % bzw. 2,0 % erwartet. Aufgrund der stärkeren Verflechtungen mit Russland und der Ukraine sowie der aktuellen Schwäche der deutschen Wirtschaft wird die Wachstumsprognose für den Euroraum um einen Prozentpunkt auf 3,3 % für dieses Jahr zurückgenommen, für 2023 wird ein Wert von 2,7 % erwartet. Ausgehend von 5,6 % im Vorjahr wird sich das Wachstumstempo der Weltwirtschaft voraussichtlich auf 3,7 % bzw. 3,2 % verlangsamen.

Die hohe Inflation verringert die Realeinkommen und dämpft den privaten Konsum in Österreich. Das Institut geht aber davon aus, dass die privaten Haushalte ihre Realeinkommensverluste durch eine Rücknahme der Sparquote kompensieren. Mit einem Wachstum von 4,8 % bleibt der private Konsum ein Wachstumstreiber, allerdings ausgehend von einem durch die pandemiebedingten Eindämmungsmaßnahmen des Vorjahres verursachten niedrigen Niveau. Für das kommende Jahr wird ein Konsumwachstum von 2,8 % erwartet. Mit 7,4 % geht die Sparquote damit wieder auf das Vorkrisenniveau zurück.

Die Anlageinvestitionen haben sich im Vorjahr von ihrem pandemiebedingten Einbruch erholt, allerdings hat die Dynamik im Jahresverlauf nachgelassen. Im Prognosezeitraum dürfte die Investitionstätigkeit von der hohen Unsicherheit im Zusammenhang mit der

weiteren Entwicklung des Kriegs in der Ukraine, der Belastung der Exporte im Gefolge der Sanktionen sowie der kräftigen Steigerung der Preise für Energie und Industrierohstoffe gebremst werden. Stützend wirkt hingegen, dass abseits der Kriegsfolgen der Konjunkturaufschwung im In- und Ausland intakt ist und die Zinsen nur sehr langsam steigen dürften. Somit sollten die Anlageinvestitionen im laufenden Jahr um 3,1 % und im kommenden Jahr um 2,3 % ausgeweitet werden. Dabei dürften die Ausrüstungsinvestitionen mit 3,6 % bzw. 2,5 % etwas kräftiger zulegen als die Bauinvestitionen (2,5 % bzw. 2,0 %).

Im Vorjahr profitierte die österreichische Exportwirtschaft von der kräftigen Erholung der Weltwirtschaft und des Welthandels. Im laufenden Jahr belasten hingegen die hohe Unsicherheit und die Sanktionen die Exporttätigkeit. Nach einem Wachstum um 17,6 % im Vorjahr könnten die Warenexporte im Prognosezeitraum um 2,0 % bzw. 4,0 % zulegen. Die Reiseverkehrsexporte litten besonders stark unter der Corona-Pandemie. In den beiden Prognosejahren dürften sie sich langsam wieder dem Vorkrisenniveau annähern. Die Gesamtexporte laut VGR sollten somit um 5,5 % bzw. 4,4 % ansteigen. Für die Gesamtimporte werden Zuwächse um 3,9 % bzw. 4,1 % erwartet. Die Außenwirtschaft liefert somit insbesondere im laufenden Jahr einen positiven Wachstumsbeitrag, der primär auf die Erholung des heimischen Tourismus zurückgeht.

Die Verbraucherpreise ziehen seit Jahresbeginn 2021 kontinuierlich an. Getrieben vom Energiepreisanstieg betrug die Inflationsrate im Februar 2022 5,9 %. Mit dem Krieg in der Ukraine sind die Energiepreise neuerlich gestiegen. Da die Effekte der höheren Energie- und Erzeugerpreise noch nicht vollkommen auf der Verbraucherstufe angekommen sind, ist auch in den kommenden Monaten mit hohen Teuerungsraten zu rechnen. Das Institut hebt daher seine Inflationsprognose für 2022 auf 5,5 % an. Mit dem Wegfall des Basiseffekts bei den Energiepreisen und der Entspannung der globalen Lieferkettenproblematik dürfte die Inflationsrate im Jahr 2023 auf 2,3 % zurückgehen. Das Institut unterstellt dabei, dass die Lohnstückkosten nur äußerst moderat zunehmen.

Die positive Tendenz am Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Monaten fortgesetzt. Die Beschäftigung wächst kräftig und die Arbeitslosigkeit liegt merklich unter dem Vorkrisenniveau. Mit dem Krieg in der Ukraine ist die Unsicherheit über die weitere Arbeitsmarktentwicklung aber deutlich angestiegen. Das Institut unterstellt, dass sich der Arbeitsmarkt als robust erweist, und erwartet eine Arbeitslosenquote von 6,5 % bzw. 6,3 %. Die kräftige Beschäftigungsnachfrage und das demografisch bedingt langsamer wachsende Arbeitskräfteangebot stützen diese Entwicklung. Weiterhin wird davon ausgegangen, dass der Bekämpfung des qualifikatorischen und regionalen Mis-Matches am Arbeitsmarkt sowie der Verringerung der Langzeitarbeitslosigkeit hohe arbeitsmarktpolitische Priorität zukommt. Notwendig ist wohl auch der weitere Einsatz

von Kurzarbeitsmodellen für Unternehmen, die temporär unter den globalen Lieferkettenproblemen sowie den Sanktionen leiden.

Durch die Konjunkturerholung und den allmählichen Wegfall der staatlichen Corona-Hilfsmaßnahmen wird sich die Lage der öffentlichen Haushalte entspannen. Der verlangsamte Aufschwung sowie Mehrausgaben aufgrund des Kriegs in der Ukraine führen dazu, dass der Rückgang des Defizits etwas geringer ausfallen dürfte als noch in der Winter-Prognose erwartet. Nunmehr wird von einem Defizit von 2,3 % bzw. 1,7 % des BIP ausgegangen. Höhere Energiepreise sind in Hinblick auf die Erreichung der Klimaziele positiv zu sehen, der starke Anstieg belastet aber ärmere Haushalte spürbar. Für diese sind treffsichere Transferzahlungen angebracht, Unterstützungen für energieintensive Unternehmen könnten angedacht werden. Eine Verschiebung der CO₂-Bepreisung wird vom Institut jedenfalls abgelehnt. Weiterhin erachtet das Institut eine Reform hinsichtlich der Struktur der Einnahmen und Ausgaben des Staates für notwendig. Zukunftsorientierten, produktivitätserhöhenden Bereichen wie Bildung, Digitalisierung und Forschung sollte höhere Priorität zukommen. Die erhöhten Ausgaben könnten durch wiederholt angemahnte Strukturreformen finanziert werden.

Die vorliegende Prognose ist mit beträchtlichen Abwärtsrisiken behaftet. Die Abschätzung des Ausmaßes und der Dauer der Belastung der Weltwirtschaft durch den Krieg in der Ukraine ist mit äußerst hoher Unsicherheit verbunden. Sollte der Krieg weiter eskalieren und die NATO direkt involviert werden, wären die Folgen unabsehbar. Ein Wegfall der russischen Rohstoffexporte würde zu einem weiteren Anstieg der Rohstoffpreise führen und könnte eine Rezession auslösen. Eine noch höhere Inflation als hier unterstellt würde die Kaufkraft der privaten Haushalte weiter schmälern und den Druck auf die Zentralbanken erhöhen, die Geldpolitik schneller und stärker zu straffen. Der Krieg könnte auch dazu führen, dass die globalen Lieferketten noch stärker in Mitleidenschaft gezogen werden, als es ohnehin zu erwarten ist. Auch die Corona-Pandemie ist bei Weitem nicht überwunden. In China scheint die Omikron-Welle später als anderenorts anzukommen. Damit steigt das Risiko erneuter Schließungen von Produktionsstätten und Häfen, was ebenfalls die Normalisierung der globalen Lieferketten weiter verzögern würde. Eine neue Corona-Variante, die ebenso infektiös ist wie die Omikron-Variante und zudem den Impfschutz umgeht und schwere Krankheitsverläufe verursacht, würde im kommenden Herbst und Winter erneute Infektionsschutzmaßnahmen erfordern. Aufwärtspotenzial für die Weltwirtschaft ergibt sich, wenn es zu einem schnellen Ende des Krieges in der Ukraine kommt und eine Lösung gefunden wird, die eine Lockerung der Sanktionen ermöglicht.

Auch für die heimische Wirtschaft bestehen Abwärtsrisiken. Der Prognose liegt die Erwartung zugrunde, dass die privaten Haushalte auf die Verringerung der Realeinkommen mit einer Senkung der Sparquote reagieren. Die hohe politische und

wirtschaftliche Unsicherheit könnte aber die Stimmung verschlechtern und somit die Konsum- und Investitionsneigung verringern. Ein kompletter Wegfall der russischen Gaslieferungen würde mit hoher Wahrscheinlichkeit die heimische Industrieproduktion stark beeinträchtigen. Ein Aufflammen der Pandemie könnte im Herbst neuerliche Eindämmungsmaßnahmen erforderlich machen. Für die Inflation besteht ein beträchtliches Aufwärtsrisiko, insbesondere für das kommende Jahr. So würde eine stärkere als die unterstellte Abgeltung des Verbraucherpreisanstiegs in der kommenden Lohnrunde zu höheren Lohnstückkosten führen und damit den Preisdruck erhöhen.

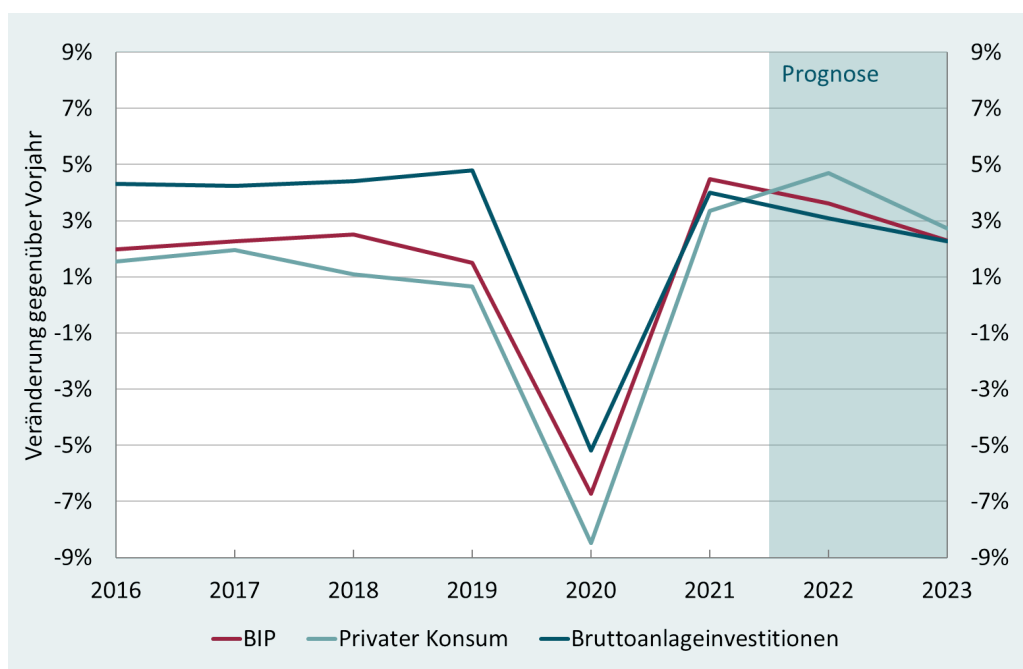
Tabelle 1: Wichtige Prognoseergebnisse
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2021	2022	2023
Bruttoinlandsprodukt, real	4,5	3,6	2,3
Privater Konsum, real	3,3	4,7	2,7
Bruttoinvestitionen, real	6,0	2,5	2,2
Bruttoanlageinvestitionen, real	4,0	3,1	2,3
Ausrüstungsinvestitionen, real	4,8	3,6	2,5
Bauinvestitionen, real	3,1	2,5	2,0
Inlandsnachfrage, real	5,1	2,6	2,1
Exporte i. w. S., real	12,7	5,5	4,4
Waren, real (laut VGR)	17,6	2,0	4,0
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-29,8	105,0	14,0
Importe i. w. S., real	14,5	3,9	4,1
Waren, real (laut VGR)	16,1	2,5	4,3
Reiseverkehr, real (laut VGR)	81,1	50,0	2,0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	2,5	3,0	1,1
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ⁱ	8,0	6,5	6,3
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition ⁱ	6,2	5,0	4,8
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2,9	3,4	4,5
Preisindex des BIP	1,8	3,1	2,5
Verbraucherpreisindex	2,8	5,5	2,3
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP ⁱ	-5,8	-2,3	-1,7
3-Monats-Euribor ⁱ	-0,5	-0,2	0,5
10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen ⁱ	-0,3	0,7	1,2

ⁱabsolute Werte

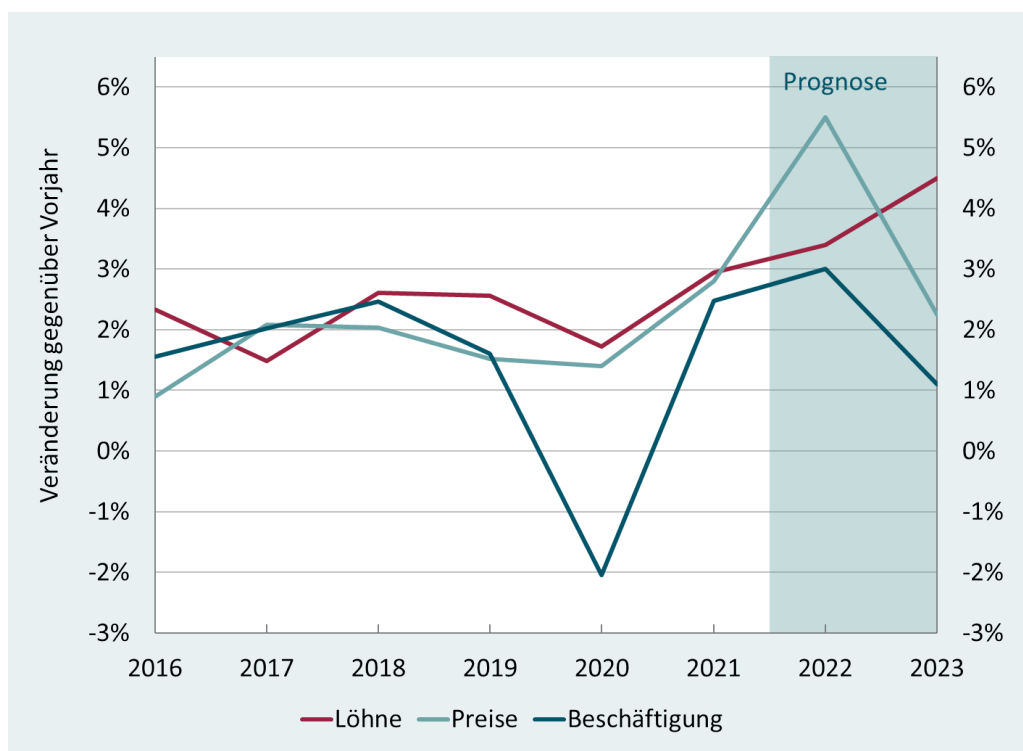
Quellen: Statistik Austria, Refinitiv Datastream, ab 2022 Prognose des IHS

Abbildung 1: BIP, Privater Konsum und Bruttoanlageinvestitionen, real



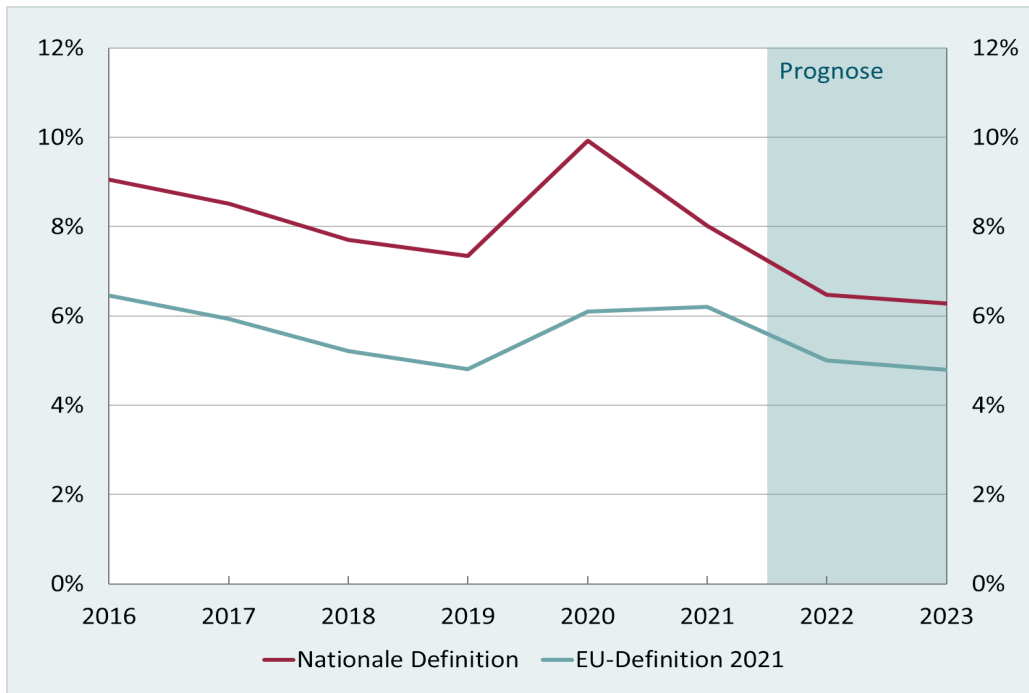
Quellen: Statistik Austria, ab 2022 Prognose des IHS

Abbildung 2: Löhne, Preise und Beschäftigung



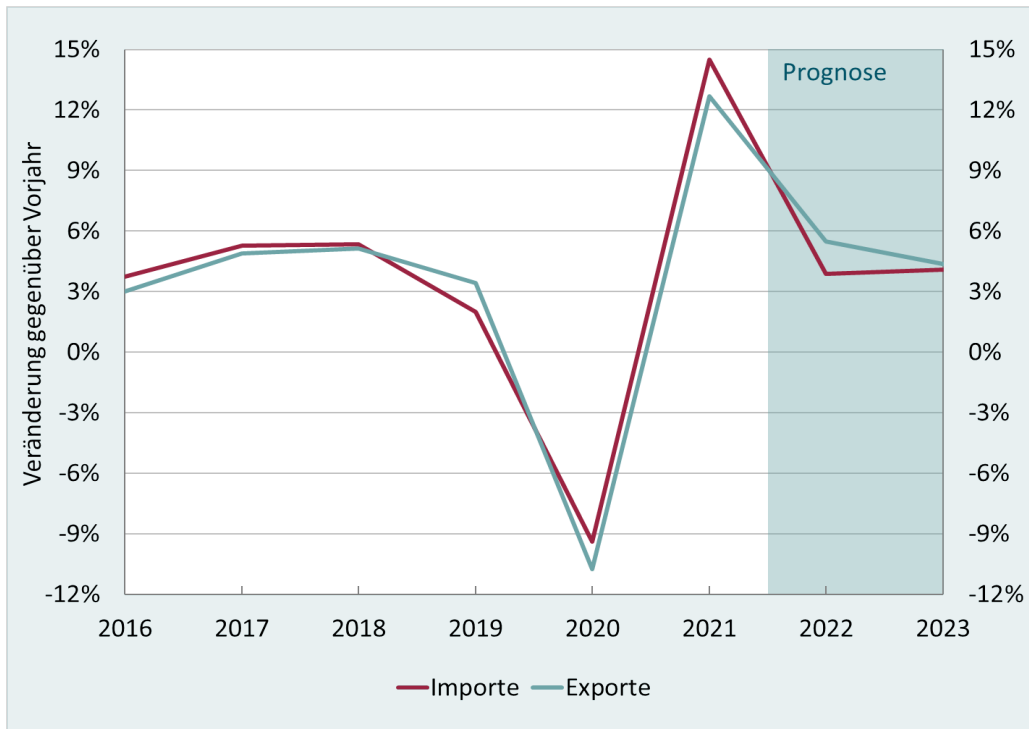
Quellen: Statistik Austria, Dachverband der Sozialversicherungsträger, ab 2022 Prognose des IHS

Abbildung 3: Arbeitslosenquote



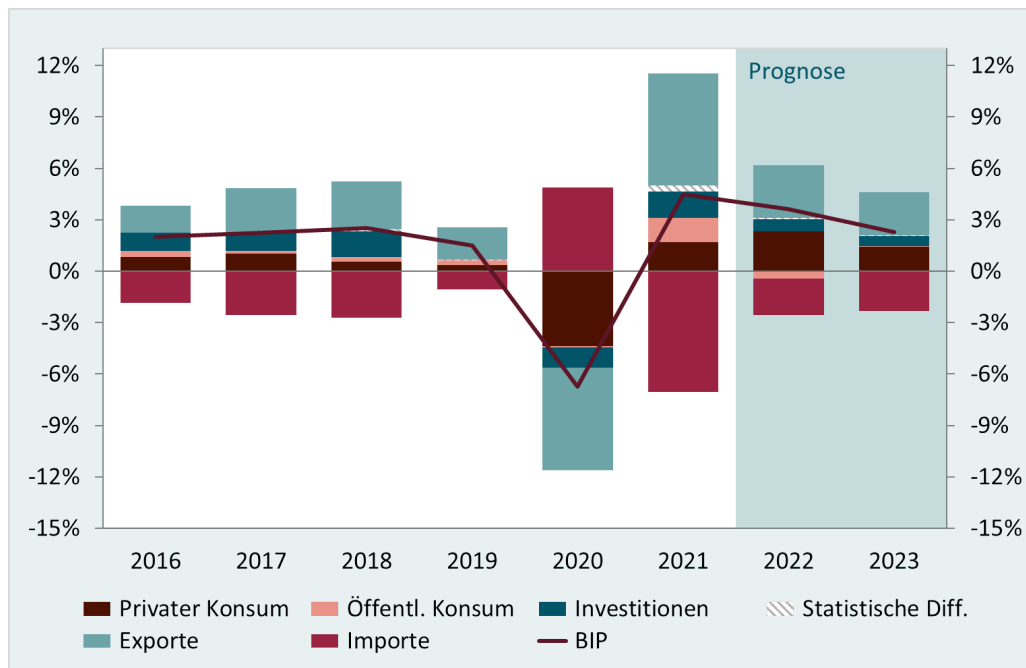
Quellen: AMS, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, ab 2022 Prognose des IHS

Abbildung 4: Importe (i. w. S.) und Exporte (i. w. S.)



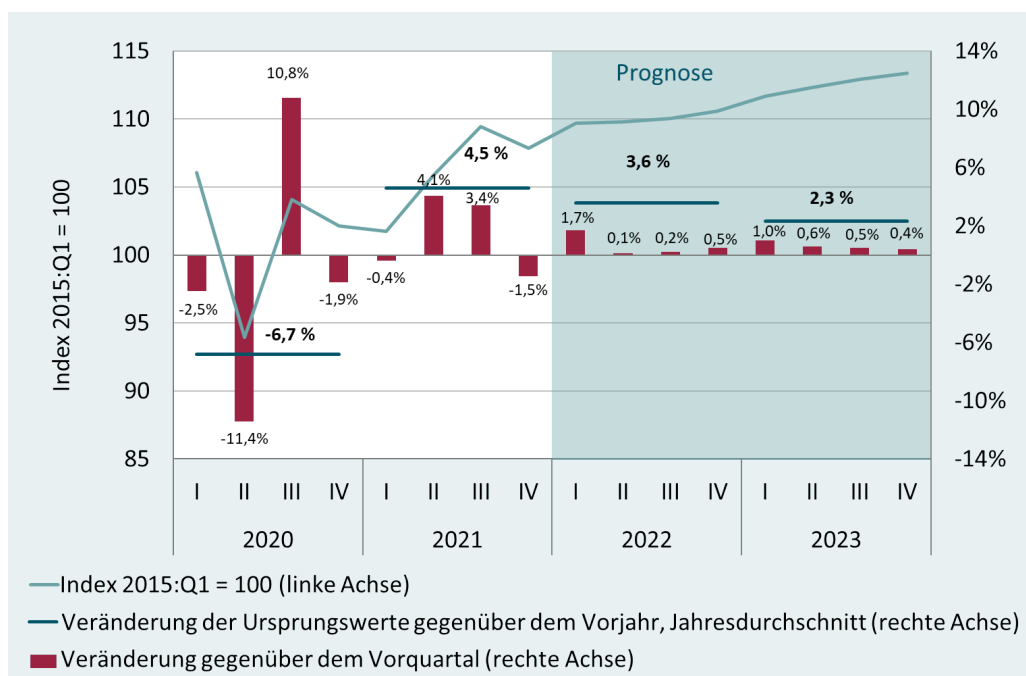
Quellen: Statistik Austria, ab 2022 Prognose des IHS

Abbildung 5: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten



Quellen: Statistik Austria, eigene Berechnungen, ab 2022 Prognose des IHS

**Abbildung 6: Reales Bruttoinlandsprodukt
saison- und kalenderbereinigter Verlauf**



Quellen: Statistik Austria, ab 1. Quartal 2022 Prognose des IHS

2 Die internationale Konjunktur

2.1 Überblick

Der Krieg in der Ukraine und die gegen Russland und Belarus verhängten Sanktionen treffen die **Weltwirtschaft** in einer Phase, in der die Folgen der Corona-Pandemie noch nicht überwunden sind, was sich in bereits hohen Preissteigerungen und noch immer gestörten globalen Lieferketten zeigt. Die Folgen des Kriegs sowie die Sanktionen und mögliche Gegenreaktionen der russischen Regierung haben spürbare Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. Russland exportiert vor allem Erdöl und Erdgas, ist aber auch ein bedeutender Exporteur von Weizen und Industrierohstoffen. Nach Daten der Internationalen Energieagentur kommen rund 10 % der weltweiten Erdgasexporte und 12 % der Erdölexporte aus Russland. Bei der Importabhängigkeit von russischen Energieträgern bestehen aber große Unterschiede zwischen den Ländern. So beziehen etwa die USA weitaus weniger Erdöl und Erdgas aus Russland als die Europäische Union (EU). Laut Bruegel bezieht die EU im Durchschnitt 48 % ihrer Erdgasimporte aus Russland. Besonders hoch ist der Anteil in den baltischen Staaten, Finnland, Bulgarien, Polen, Ungarn, der Slowakei, Slowenien und Österreich. Russland ist aber auch ein bedeutender Akteur auf den Weltmärkten für weitere Rohstoffe. Bei manchen Düngemitteln für die Landwirtschaft beträgt Russlands Weltmarktanteil 15 %. Bei Palladium, das für Autokatalysatoren und Halbleiter benötigt wird, deckt Russland etwa 30 %, bei Nickel, das für die Batteriefertigung essenziell ist, rund 6 % des Weltmarktes. Bei manchen Seltenen Erden, die für die Mikrochipproduktion benötigt werden, hat Russland einen Weltmarktanteil von nahezu 100 %. Ausfälle in der Verfügbarkeit der Industrierohstoffe würden die Normalisierung der während der Corona-Pandemie gestörten globalen Lieferketten vor allem in der Automobilindustrie weiter verzögern. Mögliche Lieferausfälle russischer Düngemittel würden den Anstieg der globalen Nahrungsmittelpreise weiter anheizen.

Die Ukraine hat hohe Weltmarktanteile bei einigen Nahrungsmitteln. Zwar ist die Ukraine nicht von den Sanktionen betroffen, aber durch die Kriegshandlungen kommt es zu Produktionsunterbrechungen, und vor allem die Nahrungsmittelproduktion ist stark gefährdet. Der Krieg gefährdet Produktion und Ausfuhr der landwirtschaftlichen Produkte auf mehrfache Weise. Jetzt im Frühling würden die Äcker bestellt, was angesichts der Kampfhandlungen kaum möglich ist. Darüber hinaus sind viele Menschen auf der Flucht oder im Kriegseinsatz, darunter vermutlich auch Landwirte. Zudem ist der Zugang zu den Schwarzmeerhäfen blockiert oder beeinträchtigt, was die Ausfuhr erschwert oder sogar unmöglich macht.

Der Krieg in der Ukraine und die Sanktionen gegen Russland treffen naturgemäß vor allem diese beiden Volkswirtschaften, sie haben aber auch globale Auswirkungen. Aktuell sind die Länder, die Sanktionen verhängt haben, vor allem aufgrund der ausbleibenden Exporte nach Russland betroffen. Zudem sind die Energie- und Nahrungsmittelpreise stark gestiegen, was zum einen die Kaufkraft der privaten Haushalte schmälert und zum anderen die Produktionskosten in den energieintensiven Wirtschaftsbereichen erhöht. Die Sperre des russischen Luftraums für Flugzeuge aus den Staaten, die sich an den Sanktionen beteiligen, treibt aufgrund längerer Flugrouten die Preise für Flugtickets und Luftfracht in die Höhe.

Es zeigen sich bereits Auswirkungen auf die Industrieproduktion in Westeuropa. In der Ukraine werden unter anderem Kabel produziert, die für die Automobilproduktion, aber auch im Energiebereich und am Bau benötigt werden. Aufgrund der Produktionsunterbrechungen in der Ukraine kam es daher bereits zu Werksstilllegungen in der europäischen Automobilindustrie. Auf Basis eines multiregionalen Input-Output-Modells schätzen Kimmich et al. (2022), dass der durch den Krieg in der Ukraine und die Sanktionen gegen Russland und Belarus verursachte Exportstopp in diese drei Länder in der EU zu einem Rückgang der Bruttowertschöpfung um 0,9 % führen würde, verglichen mit einem Szenario ohne den Krieg. In Österreich beträgt der Rückgang demnach 1,1 %.¹

Der Krieg und die Sanktionen haben zu starken Preisanstiegen für Energieträger und Nahrungsmittelrohstoffe geführt. So stieg der Preis für Rohöl der Nordseesorte Brent bis auf 128 US-Dollar je Barrel am 8. März. Allerdings hatte die Konjunkturerholung von der Corona-Pandemie bereits zuvor zu Ölpreisen nahe der 100-Dollar-Marke beigetragen. Von dem Höchststand ging der Ölpreis bis Mitte März auf knapp unter 100 US-Dollar je Barrel zurück, stieg dann aber wieder. Eine ähnliche Entwicklung, aber mit noch stärkeren Schwankungen kann beim Gaspreis beobachtet werden. Der jüngste Rückgang des Gaspreises dürfte auf die Ankündigungen der EU-Kommission zurückzuführen sein, keinen unmittelbaren Importstopp von Erdgas aus Russland anzustreben.

Der Anstieg der Nahrungsmittelpreise und ein wahrscheinlicher weitgehender Ausfall russischer und ukrainischer Getreideexporte dürften in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern, vor allem in Nordafrika und im Nahen Osten, schwerwiegende Konsequenzen haben. Dort droht eine akute Nahrungsmittelknappheit. In Europa und den USA sind die Folgen weniger dramatisch. Gleichwohl dürfte die hohe Inflation die Konjunktur negativ beeinflussen. Zudem besteht das Risiko, dass energieintensive Unternehmen auf die hohen Produktionskosten mit zeitweiligen Produktionsunterbrechungen reagieren. Neben dem Handels- und dem Preiskanal könnte es zu

¹ Vgl. Kimmich, C., Koch, S., König, T., Lappöhn, S., Schnabl, A., Wagner, M., Weyerstraß, K., Zenz, H. (2022), Abschätzung der wirtschaftlichen Folgen des Kriegs in der Ukraine und der Sanktionen gegen Russland – 15. März 2022. IHS Policy Brief Nr. 2/2022.

Verwerfungen im Finanzsektor kommen. Einige Banken sind stark in Russland engagiert. Manche Sanktionen zielen auf den russischen Finanzsektor ab. Dies könnte auch die ausländischen Banken in Russland treffen. Zudem sind angesichts der Sanktionen Kreditausfälle wahrscheinlich. Gleichwohl ist keine Finanzkrise in der EU zu erwarten, nicht zuletzt, weil das Bankensystem inzwischen deutlich resilienter ist als vor der Finanzkrise des Jahres 2008.

Hinsichtlich der Energiepreise liegt der Prognose die Annahme zugrunde, dass sie ihren Höhepunkt inzwischen überschritten haben. Im Einklang mit den Terminmärkten wird für den Jahresdurchschnitt 2022 ein Ölpreis von 104 US-Dollar je Barrel der Sorte Brent unterstellt, gefolgt von 90 US-Dollar im kommenden Jahr. Für den Wechselkurs zwischen dem Euro und dem Dollar wird unterstellt, dass er in den Jahren 2022 und 2023 jeweils bei 1,10 US-Dollar/Euro liegen wird, nach einem Durchschnittswert von 1,18 im vergangenen Jahr.

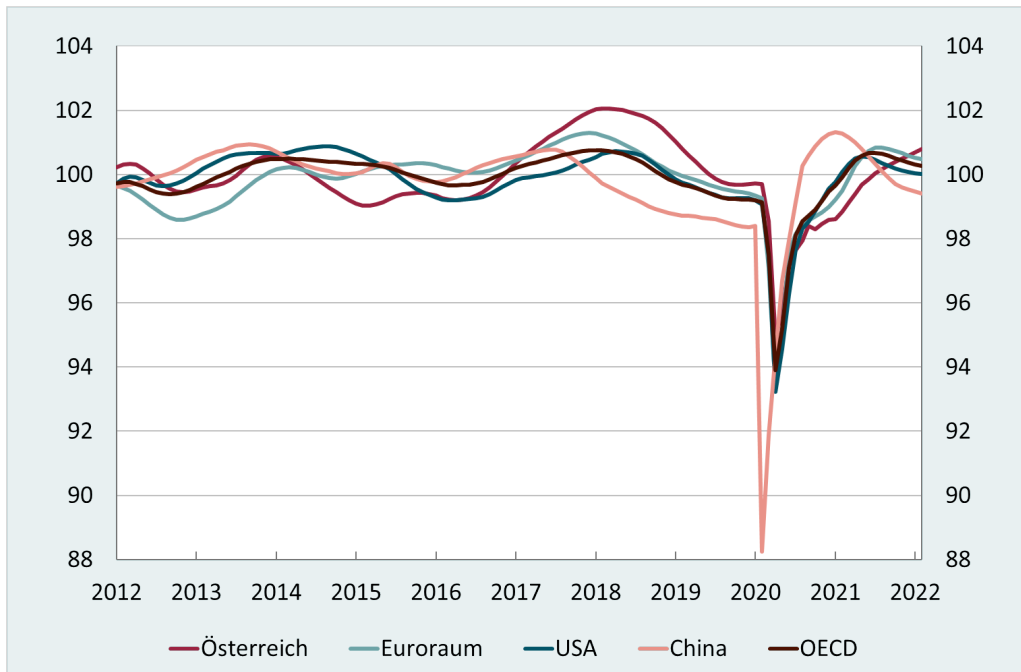
In der Gruppe der OECD-Länder blieb die Zunahme des saisonbereinigten Bruttoinlandsprodukts im vierten Quartal mit 1,2 % gegenüber dem dritten Quartal stabil. Dabei schwächte sich das Wachstum vor dem Hintergrund der verschärften Infektionsschutzmaßnahmen in einigen Mitgliedstaaten des Euroraums ab. In Japan und den USA beschleunigte es sich dagegen vor dem Hintergrund der dortigen Lockerungen der Corona-Eindämmungsmaßnahmen. In den Schwellenländern war die Entwicklung uneinheitlich. In China verlor die Konjunktur im Jahresverlauf kontinuierlich an Schwung, was unter anderem auf Probleme am Immobilienmarkt zurückzuführen ist. Der private Konsum wurde durch wiederkehrende Einschränkungen als Reaktion auf lokale Corona-Ausbrüche gedämpft. In Brasilien stagnierte die Industrieproduktion, die Einzelhandelsumsätze sanken wegen der hohen Inflation. Auch in Argentinien und in der Türkei leidet die Konjunktur unter der hohen Preissteigerung von rund 50 %.

In der OECD insgesamt stiegen die Verbraucherpreise im Februar um 7,2 %. Das ist zwar hauptsächlich auf die starke Verteuerung von Energieträgern zurückzuführen, aber auch ohne die Preise für Energie- und Nahrungsmittel erhöhten sich die Verbraucherpreise um 5,1 %. Hieran dürften die mit dem Energiepreisanstieg verbundenen höheren Transport- und Produktionskosten einen wesentlichen Anteil haben. Zudem hat sich das Lohnwachstum beschleunigt, vor allem in den USA.

Monatliche Indikatoren, die vor Beginn des Kriegs in der Ukraine erhoben wurden, wie der OECD-Frühindikator (Abbildung 7), deuteten bereits auf eine nur zögerliche Erholung der Weltwirtschaft hin. Bremsend wirken der inflationsbedingte Kaufkraftentzug und die nach wie vor bestehenden globalen Lieferkettenprobleme. Nach Kriegsbeginn erhobene Indikatoren sind eingebrochen. So sank der Sentix-Konjunkturindikator für den Euroraum im Februar um 23,6 auf –7 Punkte. Der globale Index gab um 16 Punkte auf 1

nach. Der Sentix-Indikator beruht auf einer Befragung von FinanzmarktakteurInnen und könnte daher für die realwirtschaftliche Entwicklung weniger aussagekräftig sein als andere umfragebasierte Indikatoren. Er verdeutlicht aber die hohe Unsicherheit über die wirtschaftlichen Folgen des Kriegs.

Abbildung 7: OECD-Frühindikator



Quellen: OECD, Refinitiv Datastream

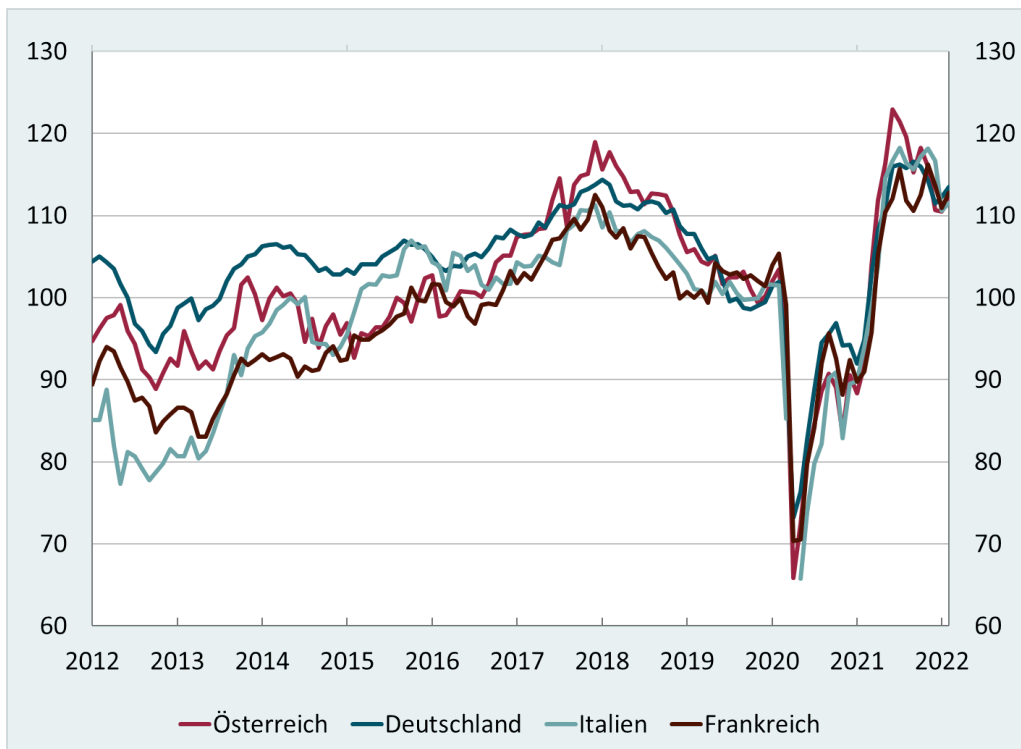
Der Welthandel mit Waren hatte sich bis zum Frühjahr 2021 von dem im Jahr 2020 erlittenen Einbruch erholt. Von März bis Oktober schwächte er sich dann aber leicht ab, was wohl auf die anhaltenden Verwerfungen in den globalen Lieferketten zurückzuführen ist. Erst zum Jahresende zog er wieder stärker an, woraus für den Jahresdurchschnitt eine Expansion um 10,3 % resultiert. Der Krieg in der Ukraine und seine Folgen für die globale Konjunktur und die Lieferketten dürften den Welthandel bremsen, sodass er im Prognosezeitraum mit eher mäßigen Raten von 3,0 % im Jahresdurchschnitt 2022 bzw. 3,5 % im kommenden Jahr steigen dürfte.

Im **Euroraum** wurde die Konjunktur im vierten Quartal durch die Corona-Pandemie und die vielerorts verschärften Eindämmungsmaßnahmen bestimmt. Während im Euroraum insgesamt das saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt um 0,3 % stieg, war die Entwicklung in den Mitgliedstaaten heterogen. In Deutschland, Österreich, Irland und Lettland sank das BIP sogar. Während Ende 2021 die Wirtschaftsleistung in der Währungsunion insgesamt das Vorkrisenniveau aus dem vierten Quartal 2019 um 0,2 % übertraf, lag sie in den großen Mitgliedstaaten Deutschland, Italien und Spanien sowie

in Österreich, Portugal und der Slowakei noch darunter. In Frankreich wurde dagegen das Vorkrisenniveau bereits im dritten Quartal übertroffen. Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur der Mitgliedstaaten tragen zu dieser Heterogenität bei. So wurden wegen der Corona-Pandemie weiterhin Aktivitäten im Tourismusbereich eingeschränkt, und Engpässe in den internationalen Lieferketten belasten vor allem die Automobilindustrie.

Der Krieg in der Ukraine und seine Folgen bremsen die Konjunktur im Euroraum im Prognosezeitraum. Bereits davor war die Erwartung hinsichtlich der Erholung gedämpft, denn die genannten Belastungsfaktoren bestanden bereits vor dem Krieg und wurden nun verstärkt. So hat sich der Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (Abbildung 8) in den vergangenen Monaten abgeschwächt, wenn auch auf hohem Niveau. Die gestiegene Inflation verringert die Kaufkraft der privaten Haushalte. Allerdings haben diese während der Corona-Pandemie beträchtliche Sparguthaben aufgebaut, was ein Aufrechterhalten des realen Konsums ermöglicht. Zudem werden in den kommenden Monaten Pandemie-Eindämmungsmaßnahmen wohl kaum die Aktivität in den Dienstleistungsbereichen behindern, und in der Industrie sind die Auftragsbücher gut gefüllt, sodass die Produktion bei nachlassenden Lieferkettenproblemen verstärkt ausgeweitet werden kann.

Getrieben von den Preisen für Energie und Industrierohstoffe hat sich die Verbraucherpreisinflation im Euroraum im Jahresverlauf kräftig beschleunigt. Von 0,9 % im Jänner 2021 stieg die Inflationsrate stetig bis auf 5,0 % im Dezember. Der neuerliche Schub bei den Energiepreisen seit Jahresbeginn brachte eine weitere kräftige Beschleunigung des Preisauftriebs auf 5,9 % im Februar 2022 mit sich. In den Mitgliedstaaten bewegte sich die Inflation zwischen 4,2 % in Frankreich sowie Malta und 14,0 % in Litauen. Auch wenn der Preisauftrieb vor allem auf die Energiepreise zurückzuführen ist, gewinnt er zunehmend an Breite.

Abbildung 8: Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI)

Anmerkung: Für Italien wird für April 2020 kein Wert ausgewiesen.

Quellen: Europäische Kommission, Refinitiv Datastream

Der Arbeitsmarkt hat sich von der Pandemie erholt. Im Februar 2022 betrug die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Euroraum 6,8 %. Sie war damit bereits um 0,6 Prozentpunkte niedriger als im Februar 2020 und sogar so niedrig wie noch nie seit Bestehen der Währungsunion. Die Zahl der Erwerbstätigen war Ende 2021 um 0,4 % höher als im vierten Quartal 2019. Unter den vier größten Mitgliedsländern war die Erwerbstätigkeit allerdings nur in Frankreich höher als vor der Pandemie.

In den Jahren 2022 und 2023 dürfte die Wirtschaftsleistung im Euroraum um 3,3 % bzw. 2,7 % zunehmen, nach 5,3 % im vergangenen Jahr. Die Inflation wird wohl noch längere Zeit hoch bleiben und auch im kommenden Jahr im Durchschnitt der Währungsunion über dem Ziel der EZB liegen. Die Arbeitsmarktlage dürfte sich weiter verbessern (Tabelle 2). In der EU-27 dürfte die Wirtschaftsleistung jeweils marginal stärker steigen. Für die Gruppe der OECD-Länder werden Wachstumsraten von 3,4 % im heurigen und 2,4 % im kommenden Jahr erwartet. Die globale Wirtschaftsleistung dürfte in den beiden Prognosejahren um 3,7 % bzw. 3,2 % zulegen.

Die Konjunkturrisiken sind beträchtlich. Sollte der Krieg weiter eskalieren und die NATO direkt involviert werden, wären die Folgen unabsehbar. Konjunkturrisiken gehen auch von der Entwicklung der Wirtschaftssanktionen und möglicher russischer

Gegenreaktionen aus. Eine Unterbrechung der Öl- und Gaslieferungen aus Russland nach Europa würde die Inflation noch weiter in die Höhe treiben. Zudem ist Erdgas in vielen Industrieunternehmen kurzfristig nur schwer zu ersetzen. Die Folge könnten Produktionsunterbrechungen in energieintensiven Unternehmen sein, um die Gasversorgung der privaten Haushalte aufrechtzuerhalten. Die Europäische Zentralbank schätzt, dass eine Reduktion der Erdgaslieferungen um 10 % die Bruttowertschöpfung im Euroraum um 0,7 % reduzieren würde.² Dabei wurden keine möglichen Substitutionen berücksichtigt.

Tabelle 2: Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum in Prozent

	2021	2022	2023
BIP-Wachstum	5,3	3,3	2,7
Arbeitslosenquote	7,7	7,0	6,8
Inflation HVPI	2,6	5,3	2,2

Quellen: Eurostat, ab 2022 Prognose des IHS

Eine noch höhere Inflation als hier unterstellt würde die Kaufkraft der privaten Haushalte weiter schmälern und den Druck auf die Zentralbanken erhöhen, die Geldpolitik schneller und stärker zu straffen. Schwellenländer könnten sich daraufhin mit Kapitalabflüssen konfrontiert sehen. Der Krieg könnte auch dazu führen, dass die globalen Lieferketten noch stärker gestört werden.

Auch die Corona-Pandemie ist bei Weitem nicht überwunden. In China scheint die Omikron-Welle später als anderenorts anzukommen. Damit steigt das Risiko erneuter Schließungen von Produktionsstätten und Häfen, was ebenfalls die Normalisierung der globalen Lieferketten weiter verzögern würde. Noch immer sind darüber hinaus weltweit viele Menschen nicht vollständig oder sogar überhaupt nicht immunisiert, vor allem in zahlreichen Schwellen- und Entwicklungsländern. Ein Wiederaufflammen der Pandemie könnte erneute Infektionsschutzmaßnahmen erforderlich machen.

Aufwärtspotenzial für die Weltwirtschaft ergibt sich, wenn es zu einem schnellen Ende des Kriegs in der Ukraine kommt und eine Lösung gefunden wird, die eine Lockerung der Sanktionen ermöglicht. Hinsichtlich der Corona-Pandemie würde eine deutliche Beschleunigung des globalen Impftempos das Risiko wirtschaftlicher Beeinträchtigungen infolge neuer Eindämmungsmaßnahmen verringern.

² Vgl. EZB (2022), Erdgasabhängigkeit und Risiken für die Konjunktur im Euro-Währungsgebiet. EZB-Wirtschaftsbericht 1/2022, S. 55–60.

2.2 Länderprognosen

In den **Vereinigten Staaten** blieb die Konjunktur gegen Ende des vergangenen Jahres kräftig. Für das vierte Quartal 2021 wurde ein BIP-Wachstum von 1,7 % gegenüber dem Vorquartal ausgewiesen, im Jahresdurchschnitt belief sich das Wirtschaftswachstum auf 5,7 %. Damit hat die US-Wirtschaft einen starken Aufschwung aus der Coronakrise verzeichnet, der durch die Konsumausgaben und die Investitionen getragen wurde. Auch die Exporte und die Importe erholten sich im Jahr 2021, allerdings ergab sich ein negativer Nettobeitrag zum BIP-Wachstum. Der Arbeitsmarkt wurde durch den robusten Aufschwung sehr positiv beeinflusst, sodass sich zuletzt eine Knappheit an Arbeitskräften breitmachte und die Löhne kräftig anzogen. Die durchschnittlichen Stundenlöhne verzeichneten im Jahr 2021 mit 4,2 % nach 4,9 % im Jahr 2020 bereits das zweite Jahr in Folge Anstiege, die deutlich über dem Durchschnitt des letzten Jahrzehnts lagen. Die Arbeitslosenquote ist substantiell gesunken und lag im Jänner mit 4,0 % wieder nahezu auf dem Niveau von vor der Coronakrise.

Mit der zunehmenden Auslastung am Arbeitsmarkt ist auch die Inflationsrate seit Mitte des letzten Jahres drastisch angestiegen. Im Februar lag der Anstieg des Verbraucherpreisindex bei 7,9 %. Die Reallöhne konnten somit trotz steigender nomineller Löhne mit der Inflationsentwicklung nicht mithalten. Die Preisanstiege fielen bisher persistenter aus als erwartet, da sich etwa die pandemiebedingten Störungen der Lieferketten als hartnäckig erwiesen. Der Anstieg der Energiepreiskomponente des Verbraucherpreisindex war im Februar mit 25,6 % im Jahresvergleich sehr hoch.

Folglich hat die US-Notenbank damit begonnen, ihren geldpolitischen Kurs zu straffen. Im März beendete die Federal Reserve die Nettoanleihekäufe und hob die Bandbreite für den Leitzinssatz um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt auf 0,25 % bis 0,50 % an. Die Mitglieder des Offenmarktausschusses stellen sechs weitere Zinsschritte zu je 25 Basispunkten bis Ende 2022 in Aussicht. Die Erwartung der geldpolitischen Straffung hat bereits zu einem Anstieg der US-Treasury-Renditen beigetragen und wird die Inflationsentwicklung dämpfen, sodass sie sich mittelfristig wieder dem 2 %-Ziel der Fed nähert.

Demgegenüber sorgt das Infrastruktur- und Klimapaket der Biden-Administration für einen anhaltenden fiskalischen Stimulus. Nach dem ersten Teil des Infrastrukturpakets (*American Jobs Plan*) in Höhe von 550 Milliarden US-Dollar, welcher im August 2021 beschlossen wurde (*Infrastructure Investment and Jobs Act*), wurde im November ein weiteres, 1,2 Billionen US-Dollar umfassendes Fiskalpaket beschlossen (*Build Back Better Act*). Während also die Fed ihren geldpolitischen Kurs strafft, bleibt die expansive Fiskalpolitik ein Treiber des Aufschwungs. Das Institut erwartet ein BIP-Wachstum von 3,4 % im laufenden Jahr und von 2,0 % im Jahr 2023.

In **Japan** erhöhte sich die Wirtschaftsleistung im Vorjahr um 1,6 %. Damit stieg das BIP das erste Mal seit drei Jahren. Nach dem Rückgang im dritten Quartal erholte sich die Wirtschaftsaktivität im vierten Quartal aufgrund angebotsseitiger Beschränkungen allerdings schwächer als erwartet. Das BIP wuchs um 1,0 % im Vergleich zum Vorquartal und um 0,4 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Der private Konsum, der zu Beginn des Quartals von der Lockerung der Corona-Beschränkungen profitierte, sowie die Nettoexporte trugen das BIP-Wachstum. Dabei expandierten die Exporte von Industriegütern infolge einer dynamischen Auslandsnachfrage, während die Importe leicht sanken. Die Engpässe in den Lieferketten bremsten die Industrieproduktion. Auch der öffentliche Konsum und die Investitionen gingen zurück. Die Arbeitslosenquote blieb im Jänner 2022 mit 2,8 % auf einem niedrigen Niveau. Die Inflation erhöhte sich im Jänner infolge steigender Energiepreise leicht auf 0,5 %. Der Anstieg der Rohstoffpreise und die Weitergabe dieses Anstiegs auf die Verbraucherpreise sowie die Abschwächung der Auswirkungen der Senkung der Mobiltelefongebühren dürften zu einer Zunahme der Inflation im Laufe dieses Jahres führen. Allerdings dürfte das Inflationsziel von 2 % weiterhin verfehlt werden.

Für die Jahre 2022 und 2023 wird mit einer Fortsetzung der wirtschaftlichen Erholung gerechnet. Dabei werden die Investitionen, darunter der Bau von Halbleiterfabriken, und die Konsumausgaben durch eine expansive Finanz- und Geldpolitik unterstützt. Die Umsetzung eines Konjunkturpakets mit einem Volumen von insgesamt rund 430 Mrd. Euro dürfte das Wachstum in diesem Jahr ankurbeln. Schwierigkeiten in den Lieferketten sowie Unsicherheiten hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Rohstoffpreise könnten die Erholung aber etwas verlangsamen. Insgesamt dürfte das BIP im laufenden Jahr um 2,5 % zulegen. Im Jahr 2023 dürfte die Wirtschaftsleistung um 1,3 % expandieren.

In der **Volksrepublik China** expandierte die Wirtschaftsleistung im Vorjahr um 8,1 %. Im vierten Quartal setzte sich die langsamere Wirtschaftsdynamik fort, die bereits im zweiten und im dritten Quartal zu beobachten war. Somit erhöhte sich das BIP um 4,0 % im Jahresabstand und um 1,6 % gegenüber dem Vorquartal. Das BIP-Wachstum wurde im vierten Quartal hauptsächlich vom privaten Konsum und den Nettoexporten getragen, während die Anlageinvestitionen sanken. Aufgrund von Finanzierungsproblemen der Bauunternehmen war auch die Bautätigkeit rückläufig. In den ersten zwei Monaten des heurigen Jahres beschleunigte sich die Dynamik der Industrieproduktion und der Dienstleistungen. Die Infrastrukturinvestitionen, der private Konsum und die Exporte verzeichneten zweistellige Wachstumsraten gegenüber dem Vorjahr. Allerdings dämpfen seit März die strengen Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus in einigen chinesischen Regionen und die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine die wirtschaftliche Entwicklung.

Die gegen russische Banken verhängten Sanktionen wirken sich auch auf die Geschäftstätigkeit chinesischer Banken aus. Bei einem Verstoß gegen die Sanktionen verlieren die ausländischen Banken den Zugang zu den US-Finanzmärkten und zum US-Dollar. Infolgedessen hat Chinas größte Bank (IBC) angekündigt, die Gewährung von Akkreditiven auf Dollarbasis, die im bilateralen Rohstoffhandel zwischen Russland und China weit verbreitet sind, für den russischen Handel einzustellen. Zusätzlich hat die *Bank of China* angekündigt, einige handelsbezogene Finanzierungen für Russland auszusetzen, was den bilateralen Rohstoffhandel erschwert. Dies wirkt sich auf die im bilateralen Handel tätigen Unternehmen aus. Die Sanktionen und der Verfall des Rubels haben die chinesischen Smartphone-Exporte nach Russland um mindestens die Hälfte reduziert und die Exporte von Flugzeugteilen behindert.

In der Prognoseperiode dürfte die chinesische Wirtschaft weiter an Fahrt verlieren. Die hohen Rohstoff- und Energiekosten, die Energieknappheit sowie die Immobilienkrise bremsen die Wirtschaftsleistung. Angesichts erhöhter Unsicherheiten setzte die chinesische Regierung das Wachstumsziel für das heurige Jahr auf 5,5 % herab. Eine Senkung von Steuern und Abgaben, von der insbesondere kleine Unternehmen profitieren sollen, sowie eine lockere Geldpolitik in Verbindung mit einem kräftigen Kreditwachstum dürfte die Wirtschaft ankurbeln. Die Expansion der Wirtschaftsleistung dürfte in den Jahren 2022 und 2023 5,3 % bzw. 5,0 % betragen.

Nach einem kräftigen Anstieg im dritten Quartal ging in **Deutschland** die saisonbereinigte Wirtschaftsleistung im vierten Quartal um 0,3 % zurück. Ausschlaggebend dafür waren die verschärften Infektionsschutzmaßnahmen sowie anhaltende Lieferengpässe im Produzierenden Bereich. Im Jahresdurchschnitt stieg das Bruttoinlandsprodukt um 2,9 %, nach einem Rückgang um 4,6 % im Jahr 2020. Ende 2021 war die Wirtschaftsleistung noch um 1,1 % niedriger als im vierten Quartal 2019.

Der Arbeitsmarkt zeigt sich robust, vor allem ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten weiter gestiegen. Die Zahl der Erwerbstätigen war im Jänner nur noch um 0,2 % niedriger als im Februar 2020, dem Monat, bevor die Corona-Pandemie den Arbeitsmarkt erreichte. Seit Herbst steigt die Zahl der Personen in Kurzarbeit wieder, zunächst besonders im Gastgewerbe, im März vor allem in der Automobilindustrie. Hier macht sich bemerkbar, dass Vorprodukte durch den Krieg in der Ukraine nicht geliefert werden können und die Produktion in manchen Werken daher eingestellt worden ist. Als weitere Folge des Kriegs dürften viele Flüchtlinge nach Deutschland kommen, die möglichst schnell Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen sollen. Die entsprechenden EU-Richtlinien und die zu erwartende hohe Qualifikation der Flüchtlinge dürften für einen kräftigen Beschäftigungszuwachs sorgen und dem Fachkräftemangel in einigen Branchen entgegenwirken. Die Arbeitslosenquote (nationale Definition) hatte im Februar mit 5,0 % wieder das Niveau vom Februar 2020 erreicht.

Die Inflation beschleunigte sich kräftig. Hatten die Verbraucherpreise im Jänner 2021 um 1,0 % im Vorjahresvergleich zugenommen, so betrug der Preisanstieg im Jänner 2022 4,9 % und im Februar 5,1 %. Maßgeblich dafür war die massive Verteuerung von Erdgas und Rohöl. Dies wirkt sich unmittelbar auf die Verbraucherpreise aus. Zudem bedeutet es einen Kostenschub für die Unternehmen, die diesen an die VerbraucherInnen weitergeben. Zu dem Inflationsschub haben auch der Anstieg der CO₂-Abgabe und die Lieferengpässe beigetragen. Letztere führen dazu, dass das Angebot nicht mit der Nachfrage Schritt halten kann. Von den steigenden Energiekosten sind alle Haushalte und Unternehmen betroffen, insbesondere aber energieintensive Branchen des Verarbeitenden Gewerbes.

Die Aussichten für die wirtschaftliche Erholung in Deutschland haben sich durch den Krieg in der Ukraine und die Sanktionen deutlich verschlechtert. Stützend wirkt, dass die Aufhebung der meisten Infektionsschutzmaßnahmen und die nachlassenden Lieferengpässe bei gut gefüllten Auftragsbüchern zu einer deutlichen Ausweitung der Produktion führen dürften. Insgesamt sollte daher das Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 2022 und 2023 um 2,5 % bzw. 3,5 % zulegen.

Italien konnte im vergangenen Jahr mit einem Wirtschaftswachstum von 6,6 % einen starken Aufschwung nach dem coronabedingten Einbruch im Jahr 2020 verzeichnen. Getrieben wurde der Aufschwung durch die Erholung des privaten Konsums, der Investitionen und des Außenhandels. Das Vorkrisenniveau wird das BIP aber voraussichtlich erst während des laufenden Jahres wieder erreichen. Vor allem im Frühjahr und Sommer hatte die Wirtschaft mit der Öffnung des Dienstleistungssektors eine deutliche Belebung erfahren. Die Arbeitslosenquote war ab der zweiten Jahreshälfte 2021 wieder rückläufig und lag im Jänner mit 8,8 % schon wieder unter dem Vorkrisenniveau. Auch wenn sich der Tourismus im letzten Sommer gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert hat, lag er noch weit hinter dem Jahr 2019. Im Hochsommer (Juli/August) lagen die ausländischen Ankünfte noch fast 40 % unter dem letzten Vorkrisensommer. Nach dem starken Aufschwung um die Jahresmitte fiel der Anstieg des BIP im vierten Quartal mit 0,6 % gegenüber dem Vorquartal etwas schwächer aus. Die Gründe dafür dürften in erneuten pandemiebedingten Einschränkungen, Lieferkettenproblemen und den steigenden Energiepreisen gegen Jahresende liegen. Obwohl die Stimmungsbarometer gegen Jahresende einen kleinen Rückschritt machten, blieben sie generell auf einem sehr hohen Niveau.

Die Inflationsrate lag im vergangenen Jahr bei 1,9 % und damit unter dem Durchschnitt im Euroraum. Vor allem bedingt durch den Anstieg der Energiepreise ergab sich im Februar ein stärkerer Anstieg der Inflationsrate auf 5,7 %. Angesichts der hohen Staatsverschuldung von rund 150 % des BIP könnte eine Straffung der Geldpolitik der EZB einen verstärkten Aufwärtsdruck auf die Renditen italienischer Staatsanleihen

auslösen, allerdings dürften die Finanzierungsbedingungen trotzdem weiterhin günstig bleiben. Die wirtschaftlichen Verflechtungen mit Russland sind begrenzt und direkte Effekte des Kriegs in der Ukraine und der Sanktionen wahrscheinlich gering. Die Exporte nach Russland lagen 2020 bei 1,5 % der Gesamtexporte und der Importanteil lag bei 2,1 %. Der nationale Wiederaufbauplan, unterstützt durch die umfangreichen „Next Generation EU“-Mittel, bleibt ein stimulierender Faktor für die mittelfristige Wirtschaftsentwicklung. Das Institut erwartet ein BIP-Wachstum von 3,3 % im laufenden Jahr und von 2,0 % im Jahr 2023.

Frankreichs Aufschwung verlief Im Jahr 2021 mit einem BIP-Wachstum von 7,0 % robust und im Laufe des zweiten Halbjahres dürfte die Wirtschaftsleistung das Vorkrisenniveau wieder erreicht haben. Gegen Ende des Jahres hat sich die Konjunktur etwas verlangsamt. Im vierten Quartal 2021 betrug der Zuwachs des BIP 0,7 % gegenüber dem Vorquartal, was deutlich unter dem Zuwachs im dritten Quartal (3,1 %) lag. Die Ursachen dafür dürften in erneuten Einschränkungen im Zusammenhang mit der Coronawelle sowie in Lieferengpässen liegen. Die Industrieproduktion war im vierten Quartal 2021 gegenüber dem Vergleichsquartal im Vorjahr leicht rückläufig. Die Stimmungsbarometer haben in den letzten Monaten stagniert bzw. eine leicht rückläufige Tendenz gezeigt, blieben aber generell auf einem erhöhten Niveau, welches für eine Fortsetzung der soliden Konjunktur spricht. Die Arbeitslosenquote ging im zweiten Halbjahr 2021 stark zurück und lag im Jänner bei 7,0 %, was bereits unter dem Stand vor Ausbruch der Coronakrise war. Die Inflationsrate lag im vergangenen Jahr im Durchschnitt bei 1,6 % und im Februar bei 3,6 % und damit unter dem Durchschnitt des Euroraums. In der Unternehmensumfrage der *Banque de France* gaben im Februar circa 50 % der Industrie- und Baufirmen an, mit Lieferengpässen konfrontiert zu sein, was etwas geringere Werte als im vergangenen Herbst waren. Etwa die Hälfte der Unternehmen beklagte in der Umfrage auch einen Arbeitskräftemangel. Die Außenhandelsabhängigkeit von Russland ist mit jeweils weniger als 1 % der gesamten Exporte bzw. Importe gering. Ein fiskalischer Konjunkturimpuls, welcher vom mittelfristigen Wiederaufbauplan (*France Relance*) ausgeht, bleibt indes aufrecht. Das Institut rechnet im laufenden Jahr mit einem BIP-Wachstum von 3,4 % und 2,0 % im Jahr 2023.

Das Bruttoinlandsprodukt im **Vereinigten Königreich** ist im vergangenen Jahr um 7,5 % gewachsen und stieg im vierten Quartal um 1,0 % gegenüber dem Vorquartal. Damit sollte im laufenden Quartal das Vorkrisenniveau erreicht werden. Impulse kamen zuletzt von den Exporten, stärkeren Investitionen und höheren Staatsausgaben, während der private Konsum an Schwung verlor. Der Arbeitsmarkt hat sich weiter erholt und die Zahl der offenen Stellen erreichte ein neues Rekordniveau von fast 1,3 Millionen, vor allem für Stellen mit geringer Qualifikation und Bezahlung. Dies ist auch auf die Abwanderung von Arbeitskräften aus Osteuropa nach dem Austritt aus dem EU-Binnenmarkt

zurückzuführen. Vor diesem Hintergrund haben die Löhne spürbar angezogen. Die Beschäftigung nimmt zu und die Arbeitslosigkeit ist trotz Beendigung der Corona-Kurzarbeit weiter zurückgegangen. Die Arbeitslosenquote betrug zuletzt 3,9 % – ein Niveau, das zuletzt vor der Pandemie verzeichnet worden war. Mit der fast vollständigen Lockerung der Eindämmungsmaßnahmen verbesserte sich die Stimmung in den Unternehmen. So stiegen etwa die Einkaufsmanagerindizes im Februar an und signalisieren mit Werten von 58,0 im Verarbeitenden Gewerbe und 60,5 im Dienstleistungsbereich einen kräftigen Anstieg der Aktivität.

Die Inflation hat zuletzt deutlich angezogen, vor allem aufgrund steigender Energiepreise, und betrug im Jänner 5,5 %. Dieser Wert liegt deutlich über dem Zwei-Prozent-Ziel der *Bank of England*. Auch die Inflationserwartungen sind gestiegen. Dies hat die Notenbank dazu veranlasst, ihre Leitzinsen seit Dezember in drei Schritten auf gegenwärtig 0,75 % zu erhöhen. Gleichzeitig werden die Bestände aus den Anleihekäufen durch ein Ende der Reinvestitionen zurückgefahren. Eine weitere Straffung der Geldpolitik ist zu erwarten. Im Prognosezeitraum sollte der Konsum eine wichtige Wachstumsstütze sein, welche sich allerdings im Zeitverlauf abschwächt. Die Unternehmensinvestitionen dürften sich leicht verbessern, auch wenn der Krieg in der Ukraine die Unsicherheit deutlich erhöht hat. Höhere Grenzaufbereitungskosten nach dem Austritt aus dem EU-Binnenmarkt belasten die Importe und Exporte. Alles in allem sollte das Bruttoinlandsprodukt im Prognosezeitraum um 4,4 % bzw. 1,6 % wachsen.

Die Wirtschaftsleistung der **Schweiz** ist im vergangenen Jahr um 3,7 % gewachsen, dabei im vierten Quartal um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal. Bereits im dritten Quartal 2021 wurde das Vorkrisenniveau wieder erreicht. Im Februar wurden die Corona-Maßnahmen weitgehend aufgehoben, was zu einer kräftigen Erholung im Dienstleistungssektor führen sollte, insbesondere im Gastgewerbe und bei den Freizeit- und Kulturdiensten. Insgesamt bestehen bei den Konsumausgaben der privaten Haushalte beträchtliche Aufholpotenziale. Die globalen Lieferengpässe haben sich nur wenig entspannt und werden durch den Krieg in der Ukraine teilweise verstärkt, was den Industriesektor international bremst und auch Teile der Schweizer Industrie betrifft. Zusätzlich dürfte die Nachfrageverschiebung von Konsumgütern hin zu Dienstleistungen (infolge der Corona-Lockerungen) die Industrieproduktion von Konsumgütern dämpfen. Andererseits sollte die chemisch-pharmazeutische Industrie erneut stabilisierend wirken. Der Einkaufsmanagerindex für die Industrie betrug im Februar 62,6, jener für den Dienstleistungssektor 64,3. Beide Werte liegen somit deutlich über der Wachstumsschwelle von 50 und signalisieren deutlich positive Entwicklungen. Das KOF-Konjunkturbarometer sank im Februar leicht auf 105 Punkte. Dieser Wert ist jedoch immer noch deutlich höher als der langfristige Mittelwert, was auf eine weiterhin dynamische Wirtschaftsentwicklung hindeutet.

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich weiter entspannt und die nationale Arbeitslosenquote ist auch zuletzt zurückgegangen. Im Februar betrug sie 2,5 %. Die Inflation ist hingegen weiter gestiegen und dämpft die Kaufkraft der Haushalte. Der Krieg in der Ukraine hat den Preisanstieg internationaler Rohstoffe noch verstärkt. Dieser wird zwar durch die Aufwertung des Schweizer Franken im Inland etwas gedämpft, trotzdem sehen sich die Haushalte gegenwärtig den höchsten Teuerungsraten seit 2008 gegenüber. Im Februar betrug die Inflation 2,2 %. Diese sollte zunächst hoch bleiben und sich im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums wieder etwas verringern. Insgesamt erwartet das Institut für das laufende und das kommende Jahr ein BIP-Wachstum von 2,9 % bzw. 1,8 %.

Insgesamt verzeichneten die **mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL)** im Jahr 2021 ein solides Wachstum von über 5 %. Der private Konsum erholte sich in der zweiten Jahreshälfte zunehmend. Allerdings sank das Verbrauchervertrauen angesichts des steigenden Preisdrucks und der Ausbreitung der Omikron-Virusvariante im vierten Quartal deutlich. Die Industrieproduktion erholte sich gegen Ende des Jahres, da die Lieferengpässe bei Vorprodukten etwas nachließen.

Die Arbeitslosigkeit sank in allen Ländern kräftig. Die Inflation erhöhte sich aufgrund steigender Löhne sowie höherer Energie- und Lebensmittelpreise stark. Dieser Trend setzte sich Anfang dieses Jahres fort und wird sich im Hinblick auf den Krieg in der Ukraine und die damit verbundenen Wirtschaftssanktionen gegen Russland weiter beschleunigen. Während die höheren Energiepreise die Inflation anheizen, begrenzen Energiepreisregulierungen in einigen Ländern die unmittelbaren Auswirkungen. Zudem stellt die Abwertung der nationalen Währungen seit Beginn des Kriegs in der Ukraine einen zusätzlichen Inflationstreiber dar.

Um der hohen Inflation entgegenzuwirken, haben die Notenbanken in Tschechien, Ungarn, Rumänien und Polen ihre Geldpolitik im vergangenen Jahr und am Anfang dieses Jahres gestrafft. Weitere Leitzinserhöhungen durch die betreffenden Notenbanken sind in den kommenden Monaten zu erwarten.

Der Krieg in der Ukraine wird die Wirtschaftsdynamik der MOEL in den Jahren 2022 und 2023 belasten und zu einem weiteren Anstieg der Inflation in diesen Ländern führen. Allerdings sind die Handelsverflechtungen mit Russland sowohl auf der Export- als auch auf der Importseite eher gering. Der Anteil Russlands an den gesamten Warenexporten der jeweiligen Länder beträgt nur noch zwischen 2,8 % in Polen und 1,0 % in Kroatien, bei den gesamten Warenimporten (inklusive Energie) beläuft sich der Anteil Russlands zwischen jeweils 6,0 % in Polen und Bulgarien und 1,7 % in Kroatien. Infolgedessen dürften Störungen der bilateralen Handelsbeziehungen lediglich zu relativ geringen Auswirkungen in den MOEL führen.

Jedoch dämpft der Krieg in der Ukraine die Wirtschaftsdynamik in den MOEL auch durch Auswirkungen auf die Finanzmärkte, anhaltende Engpässe in den Lieferketten, Vertrauensverluste und den zusätzlichen Druck auf die Energiepreise. Der seit Ende Februar zu beobachtende kräftige Anstieg der Gas- und Ölpreise heizt die bereits hohen Energiepreise zusätzlich an. Dies dürfte sich negativ auf die Realeinkommen der Haushalte auswirken und zusammen mit dem sinkenden KonsumentInnenvertrauen zu einer Abschwächung des privaten Konsums führen. Für die Unternehmen wirken sich neben den erhöhten Energie- und Rohstoffpreisen auch die Produktionsunterbrechungen infolge fehlender Vorprodukte negativ aus. Das sinkende Unternehmensvertrauen und niedrigere Unternehmensgewinne sowie kriegs- und pandemiebedingte Unsicherheiten können zu einer Zurückhaltung bei Investitionsvorhaben führen. Anhaltende Lieferengpässe trüben zusätzlich die Aussichten. Hingegen dürften die Auszahlungen aus dem EU-Haushalt und insbesondere Zahlungen für Investitionsvorhaben im Rahmen des „Next Generation EU“-Programms die Wirtschaftsleistung substantiell unterstützen. Alles in allem ist in diesem und im nächsten Jahr ein durchschnittlicher Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in den MOEL-5 um 3,6 % bzw. 3,8 % zu erwarten.

In **Tschechien** erhöhte sich die Wirtschaftsleistung im Jahr 2021 um 3,3 %. Im vierten Quartal wurde das BIP-Wachstum hauptsächlich vom Konsum der privaten Haushalte und dem Lageraufbau getragen. Materialengpässe, insbesondere in der Automobilindustrie, führten zu einer Erhöhung der Lagerbestände an halbfertigen Produkten. Der Beitrag des Außenhandels war infolge hoher Importe für Konsum und Investitionen deutlich negativ. Die Inflationsrate erhöhte sich auf 10,0 % im Februar. Die Arbeitslosenquote blieb mit 2,4 % im Jänner niedrig. Die negativen Auswirkungen der hohen Energiepreise auf den privaten Konsum dürften sich im ersten Halbjahr des laufenden Jahres verstärken. Um die negativen Auswirkungen abzufedern, dürfte die Finanzpolitik in diesem Jahr expansiv bleiben. Nach einer Expansion um 3,3 % im heurigen Jahr dürfte sich die BIP-Dynamik im Jahr 2023 auf 3,5 % leicht beschleunigen.

Mit einer Expansion um 7,1 % im Vorjahr hat sich die Wirtschaft in **Ungarn** von der Corona-Pandemie vollständig erholt. Sowohl die Inlands- als auch die Auslandsnachfrage trugen im vierten Quartal das BIP-Wachstum. Eine Kombination aus angebotsseitigem Preisdruck und starker Nachfrage verstärkte den Inflationsdruck und die Teuerungsrate erhöhte sich auf 8,4 % im Februar. Um die Haushalte zu entlasten, hat die Regierung einen Höchstpreis für Treibstoff festgelegt. Zusätzlich trat in Ungarn Anfang Februar eine Deckelung der Preise von sechs Grundnahrungsmitteln in Kraft. Im Jänner erhöhte sich die Arbeitslosenquote auf 4,1 %. Die Anhebung des Mindestlohns und hohe Transferzahlungen sollten den privaten Konsum in diesem Jahr unterstützen. Unterbrechungen der Lieferketten und eine Dämpfung der Auslandsnachfrage infolge

des Kriegs in der Ukraine könnten die Exporte bremsen, trotz in den Vorjahren neu aufgebauten Produktionskapazitäten. Insgesamt wird mit einer Zunahme der Wirtschaftsleistung in diesem und im nächsten Jahr um 3,5 % bzw. 4,0 % gerechnet.

In **Polen** erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt im Vorjahr um 5,7 %. Im vierten Quartal beschleunigte sich das BIP-Wachstum infolge einer dynamischen Inlandsnachfrage. Dabei blieb die Arbeitslosenquote im Jänner mit 3,0 % niedrig. Aufgrund steigender Preise für Energie und Dienstleistungen erhöhte sich die Inflation im Februar auf 8,1 %. Um den Preissteigerungen entgegenzuwirken, beschloss die Regierung für das laufende Jahr ein Maßnahmenpaket von 0,4 % des BIP. Dieses beinhaltet eine Senkung der Steuer auf Kraftstoffe und Energieprodukte und die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel wie Brot, Fleisch und Molkereiprodukte für sechs Monate ab Februar. Verzögerungen bei der Genehmigung und Freigabe der „Next Generation EU“-Mittel sowie die anhaltenden Lieferengpässe könnten die Wirtschaftsdynamik bremsen. Zusätzliche Fiskalausgaben für die Versorgung der Flüchtlinge aus der Ukraine werden in diesem Jahr konjunkturstützend wirken. Die Wirtschaftsleistung dürfte in diesem Jahr um 4,0 % und im Jahr 2023 um 3,8 % zunehmen.

In der **Slowakei** wuchs das BIP im Vorjahr um 3,0 % und blieb damit um 1,5 % niedriger als vor der Pandemie. Die Wertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes war im Jahr 2021 um 7,4 % geringer als 2019. Im vierten Quartal nahm das BIP infolge andauernder Unterbrechungen in den europäischen Automobil-Lieferketten um lediglich 0,3 % gegenüber dem Vorquartal und um 1,2 % zum Vorjahr zu. Impulse kamen neben dem privaten Konsum auch von den Investitionen, während die Nettoexporte zurückgingen. Die Arbeitslosenquote lag im Jänner bei 6,4 % und damit um 0,7 Prozentpunkte unter dem Jänner-Niveau des Vorjahres. Die Inflation erhöhte sich im Februar auf 8,3 %. Die Erholung des privaten Konsums und der Investitionen dürften das BIP-Wachstum im Prognosezeitraum stützen. Lieferengpässe bei Vorprodukten in der Automobilindustrie dürften die Erholung nach der Pandemiekrise verlangsamen. In diesem Jahr dürfte die Wirtschaftsleistung um 3,0 % und im nächsten Jahr um 4,0 % wachsen.

Gestützt durch eine kräftige Inlandsnachfrage im vierten Quartal expandierte das BIP in **Slowenien** im Vorjahr um 8,1 %. Die Teuerungsrate erhöhte sich im Februar auf 7,0 %. Um den Inflationsdruck zu bremsen, hat die Regierung einen Höchstpreis für Treibstoff festgelegt. Die Arbeitslosigkeit betrug im Jänner 4,6 %, was einer Reduktion um 1,4 Prozentpunkte im Vorjahresvergleich entspricht. Die Inlandsnachfrage dürfte der wichtigste Wachstumsmotor im Prognosezeitraum bleiben, da der private Konsum aufgrund des sich stabilisierenden Arbeitsmarkts und des sich verbessernden Vertrauens der KonsumentInnen nach der Aufhebung der Corona-Beschränkungen weiter zunehmen dürfte. Gestützt durch EU-Mittel wird auch die Investitionstätigkeit lebhaft

bleiben. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte in den Jahren 2022 und 2023 um 3,8 % bzw. um 3,5 % expandieren.

Im Vorjahr erhöhte sich die Wirtschaftsleistung in **Rumänien** um 5,9 %, trotz eines langsameren Wachstums im vierten Quartal. Die Arbeitslosenquote sank im Jänner um 0,2 Prozentpunkte im Vorjahresvergleich und betrug 5,8 %. Die Inflation beschleunigte sich und lag im Februar auf 7,9 %. Um den Inflationsdruck entgegenzuwirken, hat die Regierung die Strom- und Gaspreise für Haushalte und Unternehmen bis Ende März 2023 gedeckelt. Konjunkturstützend wirken im Prognosezeitraum neben der expansiven Fiskalpolitik, die weitere Transferleistungen vorsieht, auch eine Erhöhung des Mindestlohns. Die rechtzeitige Umsetzung der mit der EU im Rahmen des Wiederaufbauplans vereinbarten Reformen sind ausschlaggebend für die Absorption der vorgesehenen EU-Mittel für Investitionen. Getragen von der Inlandsnachfrage dürfte die Wirtschaftsleistung in den Jahren 2022 und 2023 um 3,8 % bzw. 4,0 % expandieren.

Aufgrund starker Nachholeffekte war das BIP-Wachstum im Vorjahr in **Kroatien** mit 10,4%, trotz nachlassender Dynamik der Inlandsnachfrage im vierten Quartal, besonders hoch. Infolgedessen sank die Arbeitslosigkeit um 1,9 Prozentpunkte auf 7,5 % im Jänner. Die Inflationsrate erhöhte sich im Februar auf 6,3 %. Um den steigenden Energiepreisen entgegenzuwirken, hat die Regierung ein Maßnahmenpaket angekündigt, das ab April in Kraft treten soll. In diesem und im nächsten Jahr dürfte das Bruttoinlandsprodukt infolge einer weiteren Erholung der Inlandsnachfrage und des Tourismus um 3,8 % bzw. um 4,0 % zunehmen. Die unsicheren Aussichten für den Tourismus in diesem Jahr stellen neben der hohen Inflation Abwärtsrisiken für die Prognose dar.

Im Vorjahr expandierte die Wirtschaftsleistung in **Bulgarien** um 4,2 %. Getrieben durch den privaten Konsum und die Nettoexporte legte das BIP im vierten Quartal moderat zu. Dabei lag die Arbeitslosenquote im Jänner mit 4,9 % um 1,5 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Die Inflation erhöhte sich infolge höherer Energie- und Nahrungsmittelpreise auf 8,4 % im Februar. Maßnahmen, um den Anstieg der Energiepreise entgegenzuwirken, werden von der Regierung vorbereitet. Die zunehmende Dynamik der Investitionen und des privaten Konsums, gestützt von steigenden Löhnen und niedrigen Zinsen, sowie eine Belebung des Tourismus dürften das Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 2022 und 2023 um 3,3 % bzw. um 3,5 % erhöhen.

In **Russland** erhöhte sich die Wirtschaftsleistung im vergangenen Jahr um 4,6 %. Getragen wurde die Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte durch eine Erholung der Investitionen und des privaten Konsums. Der rasche Zuwachs an Bankkrediten und die durch steigende Sozialtransfers gestärkten verfügbaren Einkommen der Haushalte stützten den Konsum. Die wachsende globale Rohstoffnachfrage führte zu einer kräftigen Zunahme der Industrieproduktion, darunter insbesondere der Rohöl- und der

Erdgasproduktion. Da die Weltmarktpreise für Rohöl und andere Rohstoffe deutlich zunahmen, flossen aus deren Export beträchtliche Einnahmen in den Nationalen Wohlfahrtsfonds, dessen Volumen 12 % des BIP erreichte. Die Erholung der Inlands- wie der Auslandsnachfrage führte zu einer deutlichen Zunahme der Inflation, die im Jänner 2022 8,7 % betrug. Um den Inflationsanstieg einzudämmen, hob die Zentralbank den Leitzins mehrmals an, am 11. Februar auf 9,50 %.

Seit dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine am 24. Februar 2022 und der Verhängung von Wirtschaftssanktionen durch mehr als 30 Länder hat sich der Wert des russischen Rubels massiv verringert. Um die doppelte Belastung des Finanzsektors durch den Wertverlust des Rubels und die hohe Geldnachfrage zu bewältigen, erhöhte die Zentralbank den Leitzins am 28. Februar auf 20 %. Diese Maßnahme dürfte die Kredite für Haushalte und Unternehmen stark verteuern und sich negativ auf den privaten Konsum wie auch auf die Investitionen auswirken. Weitere wirtschaftliche Einbußen sind aufgrund der umfassenden Ausfuhrrestriktionen westlicher Staaten u. a. für Halbleiter, Flugzeuge und Software zu erwarten. Darüber hinaus dürfte das Angebot an verschiedenen Konsum- und Investitionsgütern in Russland knapp werden, da rund 400 internationale Unternehmen angekündigt haben, sich aus Russland zurückzuziehen oder ihre Aktivitäten im Land auszusetzen oder einzuschränken. Im Ergebnis wird die Inflation infolge der abwertungsbedingten Verteuerung importierter Waren sowie sanktionsbedingter Verknappungen von dem schon zuvor hohen Wert noch weiter zunehmen. Ebenso ist mit einer starken Zunahme der Arbeitslosigkeit zu rechnen, die im Vorjahr lediglich 4,8 % betrug. Der Ausschluss von zwölf großen Banken aus dem internationalen Zahlungssystem SWIFT wird trotz der Nutzung alternativer russischer und chinesischer Zahlungssysteme den Zahlungsverkehr mit dem Ausland erschweren.

Um einen Zusammenbruch des Finanzsektors zu verhindern und den Rubel zu stützen, wurden Kapitalverkehrskontrollen eingeführt. Der Devisenhandel wurde bis zum 9. September 2022 ausgesetzt. Der in Rubel notierende Aktienindex der Moskauer Börse verlor am 24. Februar ein Drittel seines Wertes. Zwar wurde der Handel an der Moskauer Börse sodann eingestellt, aber die Kurse der an ausländischen Börsen notierten russischen Aktien sind seitdem weiterhin drastisch gefallen. Da etwa 15 Millionen Privatkunden russische Aktien halten, wirkt sich der Zusammenbruch des Aktienmarktes negativ auf das Vermögen vieler EinwohnerInnen in Russland aus. Um den Aktienmarkt zu stützen, kaufte die Regierung mit Mitteln aus dem Nationalen Wohlfahrtsfonds Aktien russischer Unternehmen im Wert von 1 Mrd. Rubel auf. Darüber hinaus wurden die Möglichkeiten ausländischer Investoren eingeschränkt, ihre Investitionen in russische Vermögenswerte zu repatriieren.

Da die russische Zentralbank wegen der Sanktionen nur beschränkt über ihre umfangreichen Devisenreserven von rund 630 Mrd. US-Dollar (40 % in Relation zum BIP)

verfügen kann, werden massive Auswirkungen für die russische Wirtschaft erwartet. Die Kreditwürdigkeit des Landes wurde von großen Ratingagenturen herabgestuft. Das Risiko, dass Russland nicht in der Lage sein wird, seine Schulden bei internationalen Gläubigern zu bedienen, ist erheblich. Auch viele russische Unternehmen werden möglicherweise ihre Fremdwährungsverbindlichkeiten nicht begleichen können. Längerfristig ist zudem eine Isolation von westlichen Technologien und Vorleistungen sowie eine starke Abwanderung ausländischer Investoren und des Humankapitals aus Russland zu erwarten.

Die EU hat bisher vier Sanktionspakete mit weitreichenden Restriktionen für den Finanzsektor, den internationalen Handel und etwa 800 Personen erlassen. Eine starke Verringerung der Importe der EU von Öl und Gas bis zum Ende dieses Jahres sowie das Importembargo der USA und Großbritanniens dürften die Deviseneinnahmen Russlands reduzieren. Die Sanktionen haben sowohl kurz- als auch langfristige Auswirkungen auf die russische Wirtschaft. Für das laufende Jahr ist eine starke Rezession in Russland zu erwarten. Die Wirtschaftsleistung dürfte im laufenden Jahr um 10,0 % zurückgehen. Im nächsten Jahr könnte die Wirtschaftsleistung einen weiteren Rückgang um 2,0 % verzeichnen.

Tabelle 3: Internationale Rahmenbedingungen
 Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2019	2020	2021	2022	2023
BIP, real					
Deutschland	1,1	-4,6	2,9	2,5	3,5
Italien	0,5	-9,0	6,6	3,3	2,0
Frankreich	1,8	-7,9	7,0	3,4	2,0
Vereinigtes Königreich	1,7	-9,4	7,5	4,4	1,6
Schweiz	1,2	-2,5	3,7	2,9	1,8
USA	2,3	-3,4	5,7	3,4	2,0
Japan	-0,2	-4,5	1,6	2,5	1,3
China	6,0	2,2	8,1	5,3	5,0
Polen	4,7	-2,5	5,7	4,0	3,8
Slowakei	2,6	-4,4	3,0	3,0	4,0
Tschechien	3,0	-5,8	3,3	3,0	3,5
Ungarn	4,6	-4,7	7,1	3,5	4,0
Slowenien	3,3	-4,2	8,1	3,8	3,5
MOEL-5 ⁱ	4,1	-3,7	5,3	3,6	3,8
Bulgarien	4,0	-4,4	4,2	3,3	3,5
Rumänien	4,2	-3,7	5,9	3,8	4,0
Kroatien	3,5	-8,1	10,4	3,8	4,0
Russland	2,0	-3,0	4,7	-10,0	-2,0
Euroraum	1,6	-6,4	5,3	3,3	2,7
NMS-6 ⁱⁱ	4,2	-3,9	5,6	3,7	3,8
EU-27	1,8	-5,9	5,3	3,4	2,8
OECD	1,7	-4,7	5,1	3,4	2,4
Welt	2,7	-3,4	5,6	3,7	3,2
Welthandel (Waren laut CPB)	-0,3	-5,3	10,3	3,0	3,5
Österreichische Exportmärkte	2,3	-8,7	8,9	3,5	4,2
USD/EUR Wechselkurs ⁱⁱⁱ	1,12	1,14	1,18	1,10	1,10
Rohölpreis ⁱⁱⁱ	64,3	42,8	70,7	104,0	90,0

ⁱMOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien

ⁱⁱNMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien

ⁱⁱⁱabsolute Werte

Quellen: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, ab 2022 Prognose des IHS

3 Die österreichische Außenwirtschaft

Die **österreichische Außenwirtschaft** hat im vergangenen Jahr stark vom rapiden Aufschwung der internationalen Konjunktur und des Welthandels profitiert. Auch gegen Ende des Jahres hat sich der Außenhandel trotz steigender Corona-Neuinfektionen durch die Ausbreitung der Omikron-Variante etwas besser als erwartet entwickelt. Der ausländische Wintertourismus war von keinem erneuten Einbruch betroffen. Die Vorlaufindikatoren für die Exportnachfrage ließen noch im Februar eine weiterhin gute Entwicklung erwarten. Mittlerweile wird die Situation allerdings durch den Krieg in der Ukraine und die Wirtschaftssanktionen überschattet, und ab März sind Auswirkungen auf den Außenhandel zu erwarten. Infolge der Krise ist wieder vermehrt mit Unterbrechungen von internationalen Lieferketten zu rechnen, nachdem sich die Situation gegen Jahresende 2021 entspannt hatte. Darüber hinaus steht eine Verknappung der Lieferungen oder ein EU-Embargo von Erdöl und Erdgas aus Russland weiterhin im Raum. Die Warenimporte aus Russland machten im Jahr 2019 1,8 % der gesamten Importe aus, davon entfielen rund 80 % auf Brennstoffe und Energie. Die Warenexporte nach Russland beliefen sich auf 1,5 %, wobei mit jeweils rund 35 % chemische Erzeugnisse sowie Maschinen und Fahrzeuge die größten Produktgruppen waren. Der Handel mit der Ukraine und Belarus ist relativ gering im Vergleich zum gesamten Außenhandel (Exporte: 0,4 % bzw. 0,08 %, Importe: 0,5 % bzw. 0,02 %). Eine Beeinträchtigung der bislang guten Erholung des Außenhandels erfolgt voraussichtlich nicht nur durch den Einbruch des bilateralen Handels mit den betroffenen Ländern, sondern darüber hinaus durch die Verlangsamung der globalen Konjunktur und des Welthandels. Hinzu kommen mögliche Wertberichtigungen von österreichischen Direktinvestitionen in Russland und der Ukraine.

Die Warenexporte haben sich im Jahr 2021 mit einem Anstieg von real 17,6 % nach dem Einbruch im Jahr 2020 schnell wiederbelebt. Sowohl die Exporterwartungen als auch die Auftragslage wiesen für das erste Quartal 2022 zunächst auf eine weiterhin solide Exportentwicklung hin, durch den Kriegsausbruch in der Ukraine und die Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland ist die weitere Entwicklung allerdings mit hoher Unsicherheit behaftet. Sektorale bzw. güter- und dienstleistungsbezogene Einschränkungen von Exporten im Rahmen der Sanktionen reduzieren die Warenexporte nach Russland. Erste Auswertungen von Echtzeitindikatoren signalisierten bereits im Februar eine Abschwächung des Welthandels. Daher geht das Institut von einem deutlich reduzierten Anstieg der realen Warenexporte von 2,0 % im Jahr 2022 und einer Erholung auf 4,0 % im nächsten Jahr aus.

Der ausländische Wintertourismus hat sich trotz behördlicher Maßnahmen wie der 2G-Regel in der Gastronomie gut entwickelt, allerdings die Rekordwerte des Winters

2019/2020 nicht erreicht. Im Jänner lagen die Nächtigungen aus dem Ausland um rund 40 % unter jenen vom Jänner 2019. Bislang ausgeblieben ist die Wiederbelebung des Städtetourismus. In der aktuellen Situation ist mit weniger Ankünften aus der Russischen Föderation auszugehen, wovon im Jahr 2019 rund 365.000 und im letzten Jahr rund 28.000 gezählt wurden. Es werden für die Prognose keine wirtschaftlichen Auswirkungen durch Pandemie-Restriktionen in der Gastronomie und Beherbergung bzw. des internationalen Reiseverkehrs mehr unterstellt. Für das laufende Jahr wird insgesamt ein Anstieg der Reiseverkehrsexporte um 105,0 % erwartet, für das Jahr 2023 prognostiziert das Institut einen Zuwachs von 14,0 %.

Insgesamt dürften die realen Exporte i.w.S. laut VGR im Jahr 2022 um 5,5 % und im Jahr 2023 um 4,4 % wachsen. Die realen Importe i.w.S. laut VGR werden im laufenden Jahr voraussichtlich um 3,9 % und im kommenden Jahr mit 4,1 % zunehmen.

4 Perspektiven der Inlandskonjunktur

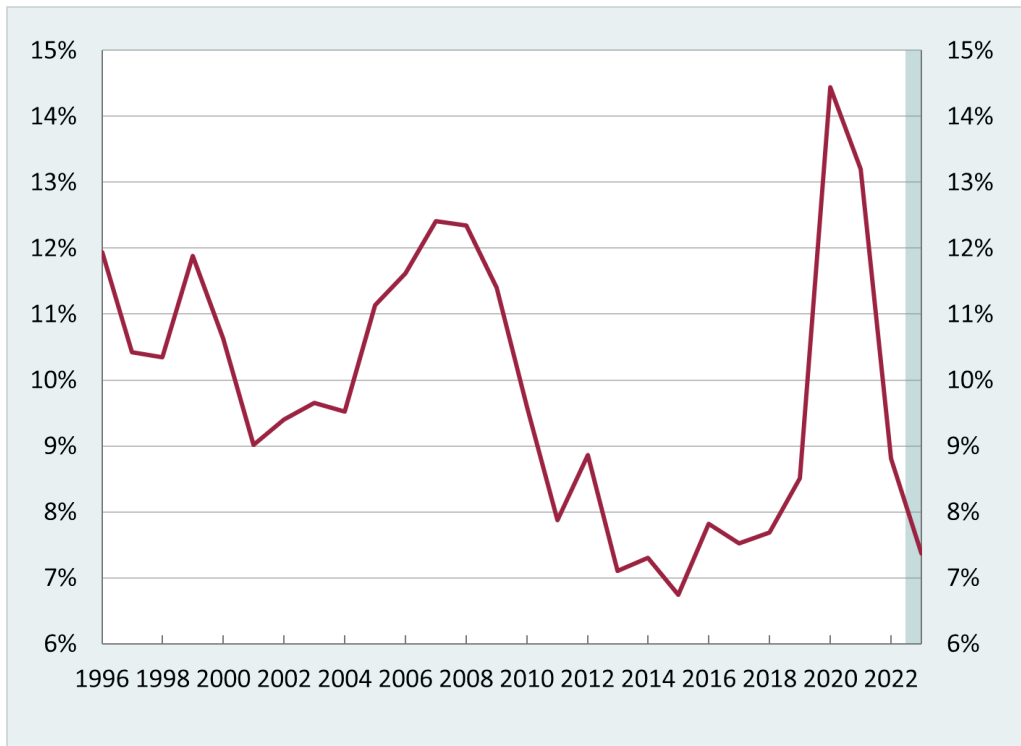
Das Konsumverhalten der österreichischen Haushalte wird weiter von dem Bedürfnis dominiert, das unfreiwillige Sparen des Jahres 2020 und den damit verbundenen Genussverzicht nachträglich zu kompensieren. Im Vorjahr ist es zwar noch zeitweilig zu Lockdowns und anderen konsumstörenden Maßnahmen gekommen, die Haushalte fanden aber doch Gelegenheit, ihre Einkommen in Anschaffungen umzusetzen, ohne ihre angesparten Geldvermögen stärker anzugreifen. Im laufenden Jahr hält die Konsumfreude zwar an, die unerwartet starke Inflationsdynamik entwertet aber die Einkommen massiv. Es ist derzeit davon auszugehen, dass heuer die verfügbaren Realeinkommen sogar leicht schrumpfen. Auf solche Entwicklungen reagieren die Haushalte jedoch nicht sofort, sie setzen vielmehr ihre gewohnten Konsummuster zumindest bei Gütern und Diensten des täglichen Bedarfs so lange fort, bis sie aus der Diskrepanz von Ausgaben und Einkünften Signale zu erhöhter Sparsamkeit wahrnehmen. Lediglich bei größeren Anschaffungen langlebiger Güter könnten die Haushalte schneller auf die Ausgabenbremse steigen. Im kommenden Jahr wird sich der Preisauftrieb wieder beruhigen und die Einkünfte können guten Gewissens in Waren und Dienste umgesetzt werden.

Gegenüber der Winter-Prognose musste die Einschätzung des Konsumverhaltens für das laufende Jahr also wegen der stärkeren Inflation und deren Effekte auf die Realeinkommen zurückgenommen werden. Der **Konsum der privaten Haushalte** wächst heuer inflationsbereinigt um 4,8 %. Dieses Wachstum stellt immerhin eine Rekordmarke dar, die im Vergleich mit der Einkommensentwicklung noch signifikanter wirkt. Die real verfügbaren Haushaltseinkommen gehen nämlich im laufenden Jahr um 0,4% zurück. Die Haushalte entsparen also kräftig. Im kommenden Jahr werden sich die Haushalte über eine normale Einkommensexpansion mit einer realen Zuwachsrate von 1,2 % erfreuen können. Die Dynamik der stärker konsumwirksamen Lohneinkommen dominiert sowohl 2022 als auch 2023 die Gewinneinkommen, was die Ausgabenfreudigkeit zusätzlich fördert. Das noch immer recht starke Konsumwachstum von 2,8 % im kommenden Jahr wird die Rückführung der Haushaltssparquote auf das vor der Pandemie übliche Niveau vollenden. Allerdings bewerkstelligt auch diese recht ausgabenfreudige Zeit keine volle Kompensation der durch die Pandemie erhöhten Geldvermögen; es überlebt also eine Reserve von Sparpolstern.

Abbildung 9 zeigt die längerfristige Entwicklung der **Haushaltssparquote**. Im Zeitraum vor der Pandemie hatte sich diese Kenngröße in einer Aufbauphase befunden. Die deutlichen Realeinkommenszuwächse dieser Jahre boten genügend Spielraum, um Sparziele und Anschaffungspläne gleichzeitig zu verfolgen. Das Jahr 2020 hat durch die Folgen des Ausbrechens der Pandemie dieses Muster durchbrochen. Die

Konsumbeschränkungen haben zu einem Spitzenwert von 14,4 % geführt, der im Vorjahr nur geringfügig abgebaut werden konnte. In den beiden Prognosejahren kehrt nun die Haushaltssparquote mit Werten von 8,8 %, und 7,4% schrittweise zu ihrem Normalwert zurück.

Abbildung 9: Sparquote der privaten Haushalte



Quellen: Statistik Austria, ab 2021 Prognose des IHS

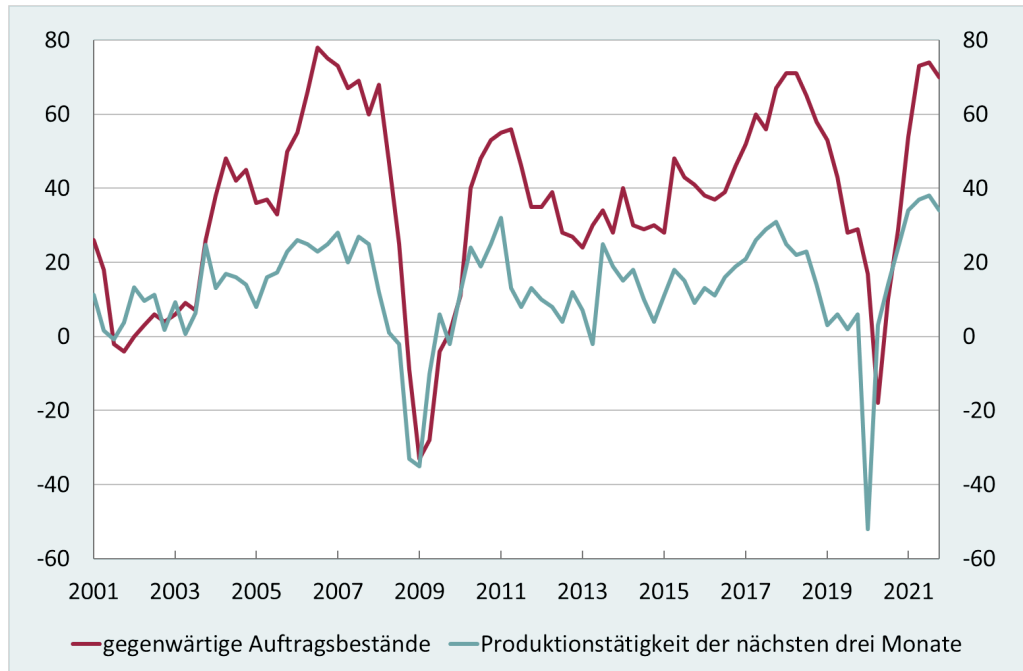
Das im Vergleich kleine Nachfrageaggregat **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter** ist im Vorjahr stagniert, wird aber im Prognosezeitraum wieder etwas expandieren. Für das laufende Jahr ist mit einem Wachstum um 2,5 % zu rechnen, im nächsten Jahr um 2,0 %. Unter Einschluss dieser Non-Profit-Dienste ergeben sich für den privaten Konsum insgesamt reale Wachstumsraten von 4,7 % und 2,7 % in den beiden Prognosejahren.

Die **realen Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen** haben sich im vergangenen Jahr von ihrem pandemiebedingten Rückgang erholt. Im Jahresdurchschnitt wurden sie um 4,8 % ausgeweitet. Dieses Wachstum ist aber in erster Linie einer starken Zunahme zum Jahresauftakt zu verdanken. Im zweiten und dritten Quartal nahmen sie sogar gegenüber dem jeweiligen Vorquartal ab. Nach einem Anstieg um 1,0 % im vierten Quartal waren die Ausrüstungsinvestitionen um 1,5 % niedriger als im vierten Quartal 2019, dem letzten Quartal vor Ausbruch der Pandemie. Dabei übertrafen

die Investitionen von Maschinen und Geräten ihr Vorkrisenniveau um 1,7 %, während die Käufe von Fahrzeugen um 15,1 % niedriger waren. Gestützt wurden die Investitionen durch die gesamtwirtschaftliche Erholung. Auch die fiskalpolitischen Maßnahmen und die Finanzierungsbedingungen waren förderlich. Die Zinsen waren das ganze Jahr hindurch nahe null, und die Banken haben ihre Kreditvergabepolitik im Unternehmenskundengeschäft ausweislich der Umfrage zum Kreditgeschäft (*bank lending survey*) kaum verändert. Die Abschwächung dürfte mit dem im Jahresverlauf anziehenden Preisauftrieb, den anhaltenden Problemen in den globalen Lieferketten und der nachlassenden Konjunkturerholung zusammenhängen. Der konjunkturelle Gegenwind zeigt sich in zuletzt leicht rückläufigen Beurteilungen der Auftragsbestände und der Produktionserwartungen durch die heimischen Industrieunternehmen (Abbildung 10). Diese Stimmungsindikatoren befinden sich gleichwohl noch auf einem hohen Niveau und spiegeln die Erholung von der Corona-Pandemie wider. Allerdings wurde die Umfrage im Jänner und somit vor der Zuspitzung der Ukraine-Krise und ihrer Kulmination im Krieg durchgeführt. Das gleiche Bild einer leichten Abschwächung auf hohem Niveau zeigt die Kapazitätsauslastung (Abbildung 11).

Abbildung 10: Beurteilung der Auftragsbestände und der Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate

Saldo aus positiven und negativen Antworten

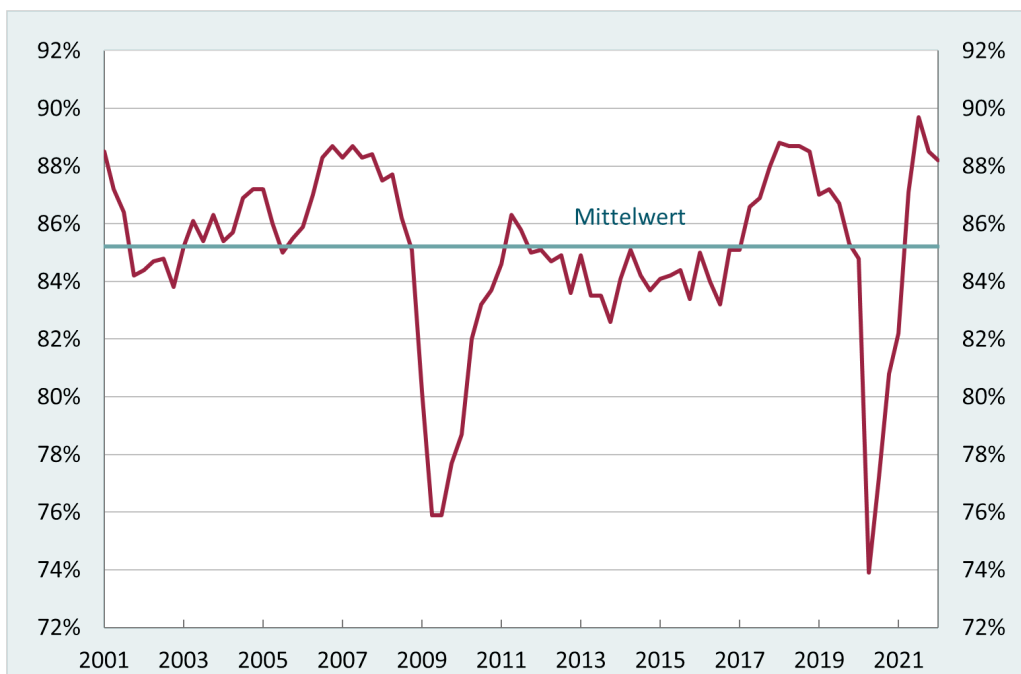


Quelle: Industriellenvereinigung

Im Prognosezeitraum wird die Investitionstätigkeit durch die hohe Unsicherheit im Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung des Kriegs in der Ukraine beeinträchtigt.

Auch die Belastung der Exporte im Gefolge der Sanktionen gegen Russland sowie die kräftige Steigerung der Preise für Energie und Industrierohstoffe dürften die Investitionen bremsen. Darüber hinaus lassen die Impulse der während der Corona-Pandemie auf den Weg gebrachten fiskalpolitischen Investitionsstützungsmaßnahmen nach. Schließlich werden wegen des Kriegs die Probleme in den weltweiten Lieferketten noch längere Zeit fortbestehen. Stützend wirkt, dass abseits der Kriegsfolgen der Konjunkturaufschwung im In- und Ausland intakt ist und die Zinsen nur sehr langsam steigen dürften. Nach 4,8 % im vergangenen Jahr dürfte sich das Wachstum der Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen heuer auf 3,6 % und im kommenden Jahr auf 2,5 % abschwächen.

Abbildung 11: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie
saisonbereinigt



Quelle: Europäische Kommission

Der starke Anstieg der Preise für Metalle und andere Rohstoffe macht sich inzwischen auch beim Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen bemerkbar. Im Jahresabstand sprang der Preisanstieg von 0,4 % im ersten über jeweils 1,0 % im zweiten und dritten Quartal auf 1,8 % im vierten Quartal. Es ist zu erwarten, dass der hohe Anstieg der Rohstoff- und Erzeugerpreise noch längere Zeit für einen spürbaren Auftrieb auch der Investitionsgüterpreise sorgen wird. Erst allmählich sollte der Preisdruck nachlassen. Somit erwartet das Institut für den Jahresdurchschnitt 2022 einen Anstieg des Deflators der Ausrüstungsinvestitionen um 2,0 %, nach 1,0 % im vergangenen Jahr. Für das Jahr 2023 wird eine Abschwächung auf 1,3 % erwartet.

Die **realen Bauinvestitionen** sind im Jahresdurchschnitt 2021 um 3,1 % gestiegen. Dieses Wachstum war vor allem dem guten Jahresauftakt zu verdanken. In saisonbereinigter Betrachtung legten die Bauinvestitionen nur im ersten Quartal zu, während sie ab dem zweiten Quartal sanken und sich die Abwärtsdynamik im Jahresverlauf beschleunigte und im vierten Quartal 2,7 % erreichte. Damit waren die Bauinvestitionen Ende 2021 um 5,2 % niedriger als vor der Pandemie, also im vierten Quartal 2019. Zu dieser negativen Entwicklung dürften die Lieferprobleme und stark steigende Kosten bei wichtigen Baumaterialien beigetragen haben. Die Bausparten entwickelten sich unterschiedlich. Im Jahresdurchschnitt nahmen die Investitionen in Wohnbauten um 2,1 % und die sonstigen Bauinvestitionen um 3,9 % zu. Allerdings waren im ersten Pandemiejahr 2020 die sonstigen Bauinvestitionen um 7,3 % eingebrochen, während die Wohnbauinvestitionen um 1,6 % gestiegen waren. Daher waren die Wohnbauinvestitionen Ende 2021 nur um 0,7 %, die sonstigen Bauinvestitionen aber um 8,3 % niedriger als vor der Pandemie.

Im Prognosezeitraum dürften die Bauinvestitionen moderat ausgeweitet werden. Die Probleme in den globalen Lieferketten sollten allmählich überwunden werden, und der Preisauftrieb im Baubereich dürfte den Höhepunkt überschritten haben. Angesichts der weiter steigenden Zahl der Haushalte in Österreich dürfte die Nachfrage nach neuem Wohnraum hoch bleiben. Allerdings deutet die Entwicklung der Baubewilligungen darauf hin, dass zunächst die Wohnbautätigkeit wenig Schwung entfalten wird. Nach einem Anstieg um rund 21 % im ersten Quartal 2021 gingen die Baubewilligungen im zweiten und im dritten Quartal im Vorjahresvergleich zurück. Dazu könnten wiederum die Lieferkettenprobleme und die hohen Kostensteigerungen beigetragen haben. Der hohe und zuletzt wieder beschleunigte Anstieg der Immobilienpreise bietet Anreize zu Investitionen in neuen Wohnraum.

Die Bauinvestitionen der Unternehmen sollten im Einklang mit den Ausrüstungsinvestitionen allmählich anziehen. Allerdings hat die Corona-Pandemie wohl zu strukturellen Veränderungen wie dem Arbeiten von zu Hause oder der Abhaltung von Videokonferenzen anstelle von Tagungen geführt, was den Bedarf an neuen Bürogebäuden und Hotels dämpfen könnte. Die Corona-Pandemie und die öffentlichen Ausgaben zur Abfederung der Folgen des Kriegs in der Ukraine könnten die Möglichkeiten der Finanzierung öffentlicher Bauvorhaben einschränken. Andererseits werden nun wohl verstärkt Infrastrukturinvestitionen im Zusammenhang mit der Verringerung der Abhängigkeit von russischem Erdgas und dem Ausstieg aus fossilen Energieträgern getätigt.

Von der Finanzierungsseite erhält die Bautätigkeit weiterhin Rückenwind, wenn auch etwas weniger kräftigen als zuletzt. Die langfristigen Zinsen werden wohl im gesamten Prognosezeitraum sehr niedrig bleiben, aber etwas steigen. Im Rahmen des *bank lending*

survey gaben die Geschäftsbanken an, dass die Kreditkonditionen im Jahr 2021 weitgehend unverändert blieben, im Jahr 2022 aber aufgrund neuer makroprudenzieller regulatorischer Anforderungen verschärft werden. Vor dem Hintergrund der geschilderten Rahmenbedingungen erwartet das Institut, dass die realen Bauinvestitionen in den Jahren 2022 und 2023 um 2,5 % bzw. 2,0 % expandieren werden.

Die Baupreise und -kosten haben im Jahresverlauf kräftig zugelegt. Die Baupreise stiegen im vierten Quartal um 7,4 % und im Jahresdurchschnitt um 5,3 %. In den Bausparten entwickelten sich die Preise unterschiedlich. Während sie im Hochbau im Jahresdurchschnitt um 8,3 % zunahmen, stiegen sie im Tiefbau nur um 1,3 %. Der Deflator der Bauinvestitionen stieg im Jahresdurchschnitt 2021 um 6,4 %, im vierten Quartal um 9,0 %. Im Jänner und Februar 2022 setzte sich der Baukostenanstieg unvermindert fort. Praktisch alle Baumaterialien, vor allem aber die auf Stahl und Erdölprodukten basierenden, verteuerten sich kräftig. Aufgrund der jüngsten Preisschübe auf den internationalen Rohstoffmärkten dürften die Baupreise zunächst noch kräftig weiter zulegen. Nur langsam dürfte sich der Preisauftrieb abschwächen, sodass der Deflator der Bauinvestitionen im Jahr 2022 um 6,5 % und im kommenden Jahr um 4,0 % zunehmen dürfte.

Aus der Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen ergibt sich für die **Bruttoanlageinvestitionen** ein Wachstum um 3,1 % im laufenden und 2,3 % im kommenden Jahr, nach 4,0 % im vergangenen Jahr. Die Investitionsquote, gemessen als Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am nominellen BIP, ist im vergangenen Jahr auf 25,6 % gestiegen, nachdem sie im Jahr 2019, also vor Ausbruch der Corona-Pandemie, 25,0 % betragen hatte. Gemäß der vorliegenden Prognose bleibt die Investitionsquote in den Jahren 2022 und 2023 mit jeweils 25,7 % stabil. Die gesamten realen **Bruttoinvestitionen** (Anlageinvestitionen plus Lagerbestandsveränderungen) dürften in diesem und dem kommenden Jahr um 2,5 % bzw. 2,2 % expandieren, nach 6,0 % im vergangenen Jahr.

Durch die Konjunkturerholung und den allmählichen Wegfall der staatlichen Corona-Hilfsmaßnahmen entspannt sich die Lage der **öffentlichen Haushalte**. Mit der wirtschaftlichen Erholung haben im Vorjahr die öffentlichen Einnahmen kräftig angezogen. Insbesondere Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer, Kapitalertragsteuern und Umsatzsteuer profitieren von der wirtschaftlichen Erholung. Hingegen belasteten die Ausgaben zur Bewältigung der Corona-Pandemie die öffentlichen Haushalte. In den Jahren 2020 und 2021 beliefen sich die Auszahlungen für Maßnahmen zur Krisenbewältigung auf 14,4 Mrd. bzw. 19,0 Mrd. Euro, dabei entfielen 5,2 Mrd. bzw. 3,7 Mrd. Euro auf die Kurzarbeitsbeihilfen. Laut Budgetvollzug lag der

Nettofinanzierungsbedarf des Bundes bei 18 Mrd. Euro und damit deutlich geringer als noch bei der Budgeterstellung erwartet.

Der gebremste Wirtschaftsaufschwung sowie Mehrausgaben aufgrund des Kriegs in der Ukraine führen dazu, dass der Rückgang des Defizits im Prognosezeitraum etwas geringer ausfallen dürfte als noch in der Winter-Prognose erwartet. Nunmehr wird von einem Defizit von 2,3 % bzw. 1,7 % des BIP ausgegangen. Höhere Energiepreise sind in Hinblick auf die Erreichung der Klimaziele positiv zu sehen, der starke Anstieg belastet aber ärmere Haushalte spürbar. Treffsichere Transferzahlungen sind daher angebracht, Unterstützungen für energieintensive Unternehmen könnten ebenfalls angedacht werden. Eine Verschiebung der CO₂-Bepreisung wird vom Institut jedenfalls abgelehnt.

Österreich bleibt auf einem mittelfristig nachhaltigen Budgetkurs, allerdings erfordert die Alterung der Bevölkerung zusätzliche Ausgaben. Durch eine umfassende wirtschaftspolitische Strategie könnten Wachstumspotenziale gehoben werden. Zukunftsorientierten produktivitätserhöhenden Bereichen, wie etwa Bildung, Digitalisierung und Forschung sollte eine höhere Priorität im Budget zukommen. Die erhöhten Ausgaben könnten durch wiederholt angemahnte Strukturreformen finanziert werden.

Die **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** sind im Jahr 2021 um 2,9 % gestiegen, mehr als die Tariflöhne mit 1,7 %. Für das Jahr 2022 geht das Institut von einem Anstieg der Effektivlöhne von 3,4 % aus. Stellt man dem Lohnzuwachs die beträchtliche Preissteigerung (gemessen am Konsumdeflator) von 5,4 % gegenüber, so ergibt dies einen realen Einkommensverlust von 1,9 % im laufenden Jahr. Die hohen Teuerungsraten dürften den Druck auf beide Seiten in den kommenden Lohnverhandlungen deutlich erhöhen, insbesondere da eine Lohn-Preis-Spirale nicht mehr auszuschließen ist. Laut Institutsprognose dürften die Löhne im kommenden Jahr um 4,5 % zunehmen. Hierbei unterstellt das Institut, dass bei den Lohnverhandlungen der importierte Teil der Inflation lediglich teilweise abgegolten wird. Bei gegebener Inflationsprognose impliziert dies einen Reallohnzuwachs von gut 2 %.

Im Jahresverlauf hat sich die Inflation laut VPI in Österreich massiv beschleunigt, von gut 1 % im Februar letzten Jahres auf knapp 6 % im Februar dieses Jahres. Die Beschleunigung ist zum einen auf die Entwicklung der Energiepreise zurückzuführen, welche zuletzt 2 Prozentpunkte zur Inflation beitrugen. Zum anderen sind die Preise für Gebrauchs- und Verbrauchsgüter im Zuge der wirtschaftlichen Erholung im vergangenen Jahr und der damit einhergehenden Lieferkettenprobleme ebenfalls stark gestiegen, was einen zusätzlichen Druck auf die Inflationsrate von rund 1 ½ Prozentpunkten (Inflationsbeitrag, Februar 2022) ausmachte. Zusätzlich beschleunigten sich ab der zweiten Jahreshälfte auch die Preise für Lebensmittel. Seit der Invasion Russlands in der

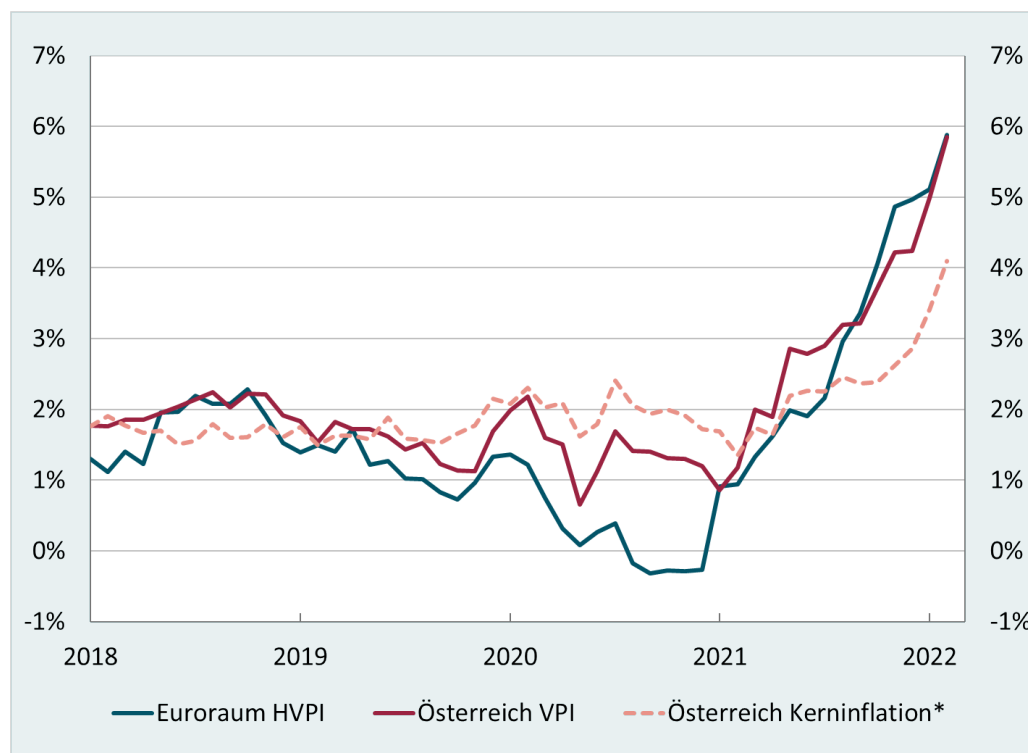
Ukraine haben die Preise insbesondere für Energie und Agrarrohstoffe nochmals angezogen. An den internationalen Rohstoffbörsen sind sehr starke Preisschwankungen in kürzester Zeit zu beobachten, was Ausdruck drohender Versorgungsengpässe, hoher Unsicherheit, gepaart mit erhöhter Nachfrage zur Sicherheitsbevorratung sowie Spekulation sein dürfte. Für die vorliegende Prognose unterstellt das Institut einen Rohölpreis von 104 US-Dollar je Barrel im laufenden Jahr und von 90 US-Dollar im kommenden Jahr aus. Diese orientieren sich genauso wie die Annahmen über Strom- und Gaspreise an den Terminnotierungen. Da diese seit Kriegsbeginn starken Schwankungen unterliegen, bestehen erhebliche Prognoserisiken, nicht nur was die Höhe der Energiepreise (Rohöl, Gas, Strom) anbelangt, sondern auch die Weitergabe der Preis-Schocks an die Preise von energieintensiven Gütern und Lebensmitteln. Hinzu kommt, dass die Lieferketten weiterhin beeinträchtigt sind, und durch neue weitreichende Lockdowns in China sowie Produktionsausfälle in der Ukraine neuerlich gestört werden könnten, was sich in weiterer Folge auf die Teuerung bei Gebrauchsgütern auswirken könnte. Des Weiteren gibt es eine Reihe von Sondereffekten (Basiseffekt im Bereich Lebensmittel, saisonale Besonderheiten im Bereich Bekleidung, Tabaksteuererhöhung sowie die Anhebung des Richtwertmietzinses) zu berücksichtigen. Alles in allem geht das Institut derzeit von einer Inflationsrate von 5,5 % für das laufende Jahr aus. Mit dem Wegfall des Basiseffekts bei den Energiepreisen und der Entspannung der globalen Lieferkettenproblematik dürfte die Inflationsrate im Jahr 2023 auf 2,3 % zurückgehen. Das Institut unterstellt dabei, dass die Lohnstückkosten nur moderat zunehmen.

Die harmonisierte österreichische Inflationsrate (laut Eurostat) betrug im Februar 5,5 % und war somit fast einen halben Prozentpunkt unterhalb der Inflationsrate nach nationalem Konzept (Abbildung 12). Der HVPI dürfte sich an aktuelleren Konsumgewohnheiten orientieren, die etwa im Falle von Pauschalreisen ein deutlich kleineres Gewicht im Warenkorb (0,5 % gegenüber 2,3 %) ausweisen. Preissteigerungen bei diesen Gütern wirken sich im HVPI somit nicht so stark auf die Gesamtinflation aus. Mit einer Inflationsrate von zuletzt 5,9 % im Euroraum liegt die Teuerungsrate Österreichs derzeit darunter, eine eher typische Beobachtung in Zeiten steigender Energiepreise. Für den Euroraum geht das Institut von Inflationsraten von 5,3 % im Jahr 2022 und 2,2 % im Jahr 2023 aus.

Die äußerst kräftige konjunkturelle Erholung hat ihre Spuren am Arbeitsmarkt hinterlassen. Die Beschäftigung entwickelt sich sehr dynamisch und die Zahl der offenen Stellen befindet sich auf einem Rekordniveau. Seit Mitte September 2021 liegt die Arbeitslosigkeit unter dem Vorkrisenniveau. Die im Vergleich zur Winter-Prognose etwas ungünstiger eingeschätzte Wirtschaftslage dürfte die aktuelle Arbeitsmarkterholung nur etwas verzögern. Ausgehend von den aktuellen Zahlen könnte sich der Arbeitsmarkt

noch positiver als zuletzt erwartet entwickeln. Nach 8,0 % im Jahresdurchschnitt 2021 sollte die Arbeitslosenquote (nationale Definition) im laufenden Jahr auf 6,5 % sinken. Für den Jahresdurchschnitt 2023 wird eine Arbeitslosenquote von 6,3 % erwartet. Diese Prognose beruht auf der Annahme, dass die arbeitsmarktpolitischen Anstrengungen weiterhin zur Verringerung der Mis-Match- sowie Langzeitarbeitslosigkeit beitragen werden. Während der Dienstleistungsbereich beim unterstellten Ausbleiben von coronabedingten Einschränkungen seinen Aufholprozess fortsetzen dürfte, könnten im Produktionsbereich weitere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Abfederung der Folgen des Kriegs in der Ukraine notwendig werden.

Abbildung 12: Inflation in Österreich und im Euroraum



*Inflation ohne Nahrungsmittel und Energie in Österreich

Quellen: Eurostat, Statistik Austria und eigene Berechnungen

Die seit Mitte letzten Jahres wieder über dem Vorkrisenniveau liegende Beschäftigung entwickelt sich gegenwärtig besonders dynamisch. Ende Februar betrug der Beschäftigungsanstieg 5,5 % gegenüber dem Vorjahr, bzw. 2,4 % gegenüber dem Vorkrisenniveau. In sektoraler Betrachtung verzeichneten der Dienstleistungsbereich und der Bau Beschäftigungszuwächse von 6,2 % bzw. 5,4 % gegenüber dem Vorjahr, in der Sachgüterproduktion betrug der Anstieg 2,7 %. Hierbei sind aber die coronabedingten Einschränkungen des Vorjahres und das milde Februarwetter zu berücksichtigen. Seit Februar 2020 expandierte die Zahl der Arbeitsplätze am Bau um

7,9 %. Im Dienstleistungssektor (2,2 %) und in der Sachgüterproduktion (0,9 %) wurde das Vorkrisenniveau ebenfalls übertroffen.

Nach den kräftigen Zuwächsen zu Jahresbeginn dürfte sich die Beschäftigungsdynamik im Jahresverlauf etwas verlangsamen, sodass für den Jahresdurchschnitt 2022 ein Anstieg der Aktiv-Beschäftigung um 3,0 % erwartet wird. Vor dem Hintergrund der Wachstumsverlangsamung und der demografischen Entwicklung dürfte der Beschäftigungszuwachs 2023 1,1 % betragen.

Tabelle 4: Arbeitsmarktentwicklung Jänner bis Februar 2022

Veränderungen gegenüber Vorjahr

	in Köpfen	in Prozent
Beschäftigte	193.671	5,3 %
Männer	104.649	5,4 %
Frauen	89.042	5,2 %
Aktiv-Beschäftigte ⁱ	193.705	5,4 %
Primärer Sektor	1.101	1,6 %
Sachgüterproduktion	15.899	2,6 %
Bau	13.756	5,6 %
Dienstleistungssektor	162.942	6,2 %
Arbeitslose gesamt	-134.830	-29,8 %
Männer	-69.843	-26,6 %
Frauen	-64.887	-34,1 %
Personen in Schulungsmaßnahmen des AMS	3.535	5,1 %

ⁱ ohne Personen mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis, die Kindergeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten

Quellen: Dachverband der Sozialversicherungsträger, AMS, eigene Berechnungen

In den letzten Monaten hat sich der positive Trend bei den Arbeitslosenzahlen fortgesetzt. Ende Februar lag die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen um 135.000 Personen bzw. 30,7 % unter dem Vorjahresniveau, wobei im Februar 2021 noch bedeutende coronabedingte Einschränkungen vorlagen. Im Vergleich zum Vorkrisenniveau (Februar 2020) ging die Arbeitslosigkeit um 31.300 Personen bzw. bei Berücksichtigung der Schulungsteilnahmen um 22.500 Personen zurück. In sektoraler Betrachtung wurde das Vorkrisenniveau breitflächig unterschritten. Die nachlassende konjunkturelle Dynamik und die erhöhte Unsicherheit dürften den Rückgang der Arbeitslosigkeit in den kommenden Monaten verlangsamen. Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut im Jahresdurchschnitt 2022 einen Bestand von 271.000 als

arbeitslos vorgemerkten Personen, somit einen Rückgang um 60.000 Personen. Im kommenden Jahr könnte der Arbeitslosenbestand noch leicht auf 264.000 Personen absinken. Ausgehend von 8,0 % im Vorjahr sollte die Arbeitslosenquote im laufenden Jahr auf 6,5 % fallen und könnte 2023 6,3 % betragen. Für die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition werden im Prognosezeitraum Werte von 5,0 % bzw. 4,8 % erwartet.

Die vorliegende Prognose zeichnet weiterhin ein sehr optimistisches Bild von der Arbeitsmarktsituation. In den letzten Monaten hat sich die Arbeitslosigkeit noch besser als erwartet entwickelt. Die (saisonbereinigte) Arbeitslosenquote lag im Februar bei rund 6 %. Jedoch haben die Abwärtsrisiken seit der Winter-Prognose stark zugenommen. Die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine auf den Arbeitsmarkt sind schwierig abzuschätzen. Das Institut geht davon aus, dass die wirtschaftliche Dynamik hoch genug bleibt, dass der Rückgang der Arbeitslosigkeit nur verlangsamt wird. Weiters wird angenommen, dass es zu keinen spürbaren wirtschaftlichen Belastungen durch Corona kommt. Die ausgeweiteten Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, die auf Qualifizierung und Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit abzielen, wirken unterstützend.

Für von den Auswirkungen des Kriegs und den Sanktionen betroffene Betriebe sollte das Instrument der Kurzarbeit weiterhin zur Verfügung stehen. Allerdings sollte die Corona-Kurzarbeit auslaufen und auf das vor 2020 bestehende Modell zurückgegriffen werden. Eine degressivere Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung könnte die Arbeitsanreize etwas erhöhen, wird aber vermutlich kaum dazu beitragen, das aktuell hohe Niveau der Langzeitarbeitslosigkeit zu senken. Zur Vermeidung von Fehlanreizen hinsichtlich kurzer Beschäftigungsunterbrechungen wären erfahrungsbasierte und risikoabhängige Arbeitgeberbeiträge anzudenken. Anstrengungen zur raschen Integration von ukrainischen Flüchtlingen am Arbeitsmarkt sind zu begrüßen. Die ökosoziale Steuerreform hat die im internationalen Vergleich hohe steuerliche Belastung des Faktors Arbeit etwas verringert. Eine Reduktion der Lohnnebenkosten könnte den Faktor weiter entlasten und den aktuellen Kostendruck für die Unternehmen etwas verringern.

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung ist es jedenfalls erforderlich, den qualifikatorischen Mis-Match zu reduzieren. Ein starker Fokus auf die (Re-)Qualifizierung der Arbeitslosen und die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit ist daher adäquat. Bedarf besteht aus Sicht des Instituts weiterhin an einer Stärkung der präventiven Komponente der Arbeitsmarktpolitik, also von Maßnahmen, die bereits vor dem Entstehen von Arbeitslosigkeit ansetzen. Hierbei wären insbesondere Reformen im Bildungsbereich angeraten.

5 Monetäre Prognose

In den USA und im Vereinigten Königreich sind die Leitzinsen nach einem längeren Zeitraum historisch niedriger Zinsen (seit März 2020) zum ersten Mal wieder angehoben worden und liegen nun bei 0,25 % – 0,50 % (Zielband) bzw. 0,75 %. Auch in anderen Ländern, wie etwa im Euroraum und in der Schweiz, werden noch in diesem Jahr Zinserhöhungen erwartet. Die Inflation im Euroraum, gemessen am Anstieg des HVPI, ist zuletzt von einem bereits hohen Niveau noch einmal kräftig gestiegen und betrug im Dezember, Jänner und Februar 5,0 %, 5,1 % bzw. 5,8 %. Diese Inflationsraten liegen deutlich über der Zielmarke der EZB von 2 %, sind jedoch zum Teil auf vorübergehende Effekte zurückzuführen, insbesondere hinsichtlich steigender Gas-, Elektrizitäts- und Warenpreise. Die internationalen Preissteigerungen werden durch massiv gestörte Lieferketten und die Sanktionen gegen Russland aufgrund des Kriegs in der Ukraine weiter verstärkt, insbesondere im Energiebereich und bei gewissen Industriemetallen und Agrarprodukten. Für die Jahresdurchschnitte 2022 und 2023 erwartet das Institut für den Euroraum Inflationsraten von 5,3 % bzw. 2,2 %. Es wird gegenwärtig davon ausgegangen, dass die EZB ihr Ankaufprogramm im dritten Quartal beendet und anschließend beginnt, die Leitzinsen anzuheben.

Tabelle 5: Leitzinsen

	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2019	0	1,5 – 1,75	0,75	–0,75	–0,1
Ende 2020	0	0 – 0,25	0,10	–0,75	–0,1
Ende 2021	0	0 – 0,25	0,25	–0,75	–0,1
21.3.2022	0	0,25 – 0,50	0,75	–0,75	–0,1

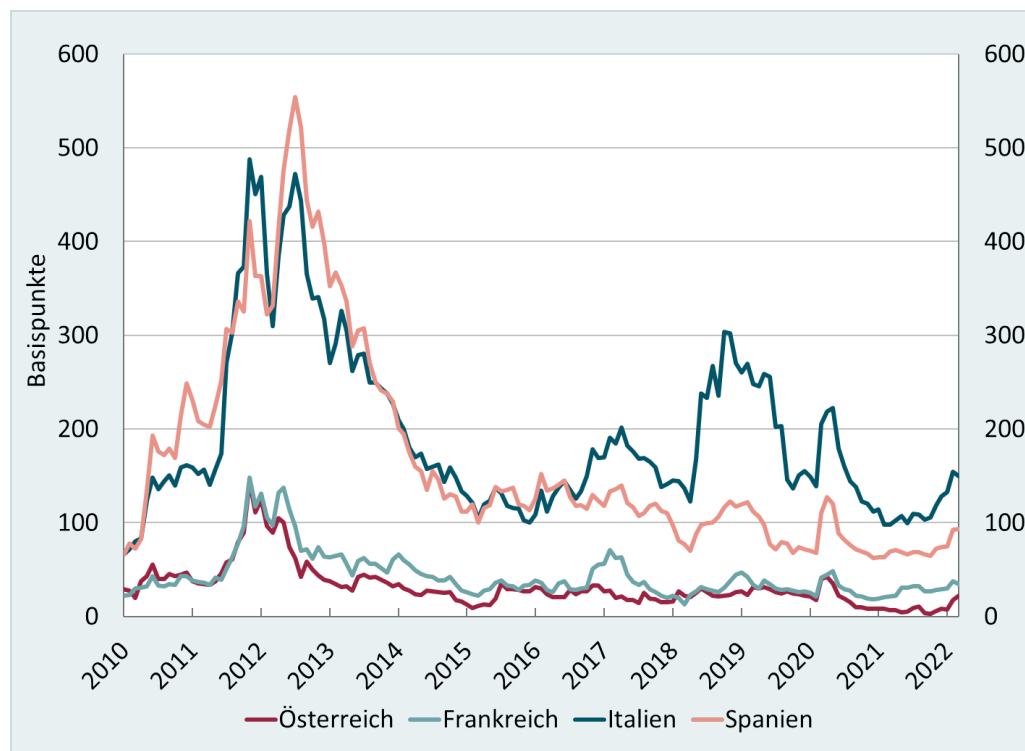
Quellen: Nationale Zentralbanken, Refinitiv Datastream

In seiner März-Sitzung hat der EZB-Rat bestätigt, die Ankäufe im Rahmen des Pandemie-Notfallprogrammes (PEPP) im März auslaufen zu lassen. Die Ankäufe im Rahmen des herkömmlichen Wertpapierankaufprogrammes (APP) werden voraussichtlich im dritten Quartal beendet, sofern der Inflationsausblick und die Finanzierungsbedingungen dem nicht entgegenstehen. Für April, Mai und Juni sind hier monatliche Nettoankäufe von 40 Mrd. Euro, 30 Mrd. Euro bzw. 20 Mrd. Euro geplant. Die etwas größeren monatlichen Volumen im April und Mai (im Vergleich zu den bisherigen 20 Mrd. Euro) sollen einer allzu abrupten Verringerung der gesamten Ankäufe durch das Auslaufen des PEPP entgegenwirken. Eine Anhebung der Leitzinsen sollte dann einige Zeit nach dem Ende des APP erfolgen, unserer Einschätzung nach im Herbst des laufenden Jahres.

Die Geldmarktzinsen im Euroraum sind zuletzt im Einklang mit der Geldpolitik der EZB weitgehend konstant geblieben und notierten im Durchschnitt des ersten Quartals bei –0,5 %. Damit haben sie sich gegenüber dem Vorquartal und dem Vorjahresquartal kaum verändert. Für den Prognosezeitraum erwartet das Institut leicht steigende Geldmarktzinsen. Der 3-Monats-Euribor sollte in den Jahren 2022 und 2023 durchschnittlich –0,2 % bzw. 0,5 % betragen.

Die Renditen von Staatsanleihen sind seit Mitte Dezember tendenziell gestiegen, mit einem vorübergehenden Rückgang Anfang März, wohl aufgrund von Sicherheitsmotiven in der Veranlagung hinsichtlich des Kriegs in der Ukraine. Im ersten Quartal notierten österreichische und deutsche Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren zu durchschnittlich 0,3 % bzw. 0,1 %. Dies bedeutet einen leichten Anstieg der Renditen um rund 40 bzw. 30 Basispunkte im Vergleich zum Vorquartal und einen etwas kräftigeren Anstieg um 60 bzw. 50 Basispunkte im Vergleich zum Vorjahresquartal.

Abbildung 13: Renditeabstände zehnjähriger Staatsanleihen gegenüber Deutschland



Quelle: Refinitiv Datastream, Monatsdaten (Durchschnittswert der Tagesdaten)

Deutsche Bundesanleihen gelten als die sichersten Papiere im Euroraum, was den Druck auf die Renditen dieser Papiere hochhält und gleichzeitig bedeutet, dass die Staatsanleihen aller anderen Euroraum-Länder höhere Renditen aufweisen. Seit November des Vorjahres haben sich die Spreads (Renditeabstände) gegenüber Deutschland wieder

etwas ausgeweitet (Abbildung 13). Das Institut rechnet damit, dass das Renditeniveau von Staatsanleihen im Einklang mit der Erwartung höherer Leitzinsen und Inflation in der Prognoseperiode leicht ansteigt. Für die Jahre 2022 und 2023 wird für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren eine durchschnittliche Rendite von 0,7 % bzw. 1,2 % prognostiziert.

Im Durchschnitt des ersten Quartals 2022 betrug der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar 1,12 USD/EUR. Damit hat der Euro abgewertet, und zwar sowohl gegenüber dem Vorquartal (–1,9 %) als auch gegenüber dem Vorjahresquartal (–7,0 %). Für die Jahre 2022 und 2023 erwartet das Institut einen durchschnittlichen Jahreskurs von jeweils 1,10 USD/EUR.

Die Prognose des Instituts zur Entwicklung verschiedener Einlagekategorien und des vergebenen Kreditvolumens von in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten in den Jahren 2022 und 2023 fällt wie folgt aus. Die gesamten Einlagen sollten um 4,8 % bzw. 4,3 % steigen. Die Spareinlagen dürften weitgehend konstant bleiben (0,2 % bzw. 0,1 %). Für das Kreditvolumen prognostiziert das Institut eine Ausweitung um 4,3 % bzw. 2,7 %.

6 Tabellenanhang

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	351,118 2,0%	359,049 2,3%	368,030 2,5%	373,519 1,5%	348,364 -6,7%	363,984 4,5%	377,152 3,6%	385,785 2,3%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	357,608 3,9%	369,362 3,3%	385,424 4,3%	397,519 3,1%	379,321 -4,6%	403,370 6,3%	430,840 6,8%	451,736 4,8%
DEFLATOR DES BIP (2010=100)	101,848 1,8%	102,872 1,0%	104,726 1,8%	106,425 1,6%	108,886 2,3%	110,821 1,8%	114,235 3,1%	117,095 2,5%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2020=100)	93,253 0,9%	95,194 2,1%	97,135 2,0%	98,614 1,5%	100,000 1,4%	102,800 2,8%	108,454 5,5%	110,894 2,3%
ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	48,561 2,3%	49,281 1,5%	50,566 2,6%	51,859 2,6%	52,751 1,7%	54,301 2,9%	56,148 3,4%	58,674 4,5%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE (IN 1000 PERSONEN)	3502,431 1,6%	3573,088 2,0%	3661,127 2,5%	3720,041 1,6%	3643,933 -2,0%	3734,366 2,5%	3846,397 3,0%	3888,707 1,1%
ARBEITSLOSENQUOTE NATIONALE DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	9,059 -0,051	8,509 -0,550	7,700 -0,810	7,352 -0,348	9,926 2,574	8,020 -1,907	6,473 -1,546	6,277 -0,196

TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
PRIVATER KONSUM	184,174 1,5%	187,777 2,0%	189,802 1,1%	191,064 0,7%	174,883 -8,5%	180,740 3,3%	189,226 4,7%	194,368 2,7%
ÖFFENTLICHER KONSUM	69,282 1,8%	69,825 0,8%	70,695 1,2%	71,738 1,5%	71,409 -0,5%	76,224 6,7%	74,699 -2,0%	74,886 0,2%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	81,502 4,3%	84,955 4,2%	88,695 4,4%	92,948 4,8%	88,120 -5,2%	91,651 4,0%	94,469 3,1%	96,601 2,3%
LAGERVERÄNDERUNGEN IN PROZENT DES BIP	4,113 1,2	4,450 1,2	6,038 1,6	1,605 0,4	2,092 0,6	4,187 1,2	3,687 1,0	3,687 1,0
INLANDSNACHFRAGE	339,072 2,3%	347,044 2,4%	355,795 2,5%	358,123 0,7%	337,181 -5,8%	354,508 5,1%	363,837 2,6%	371,321 2,1%
AUSSENBEITRAG IN PROZENT DES BIP	12,046 3,4	11,947 3,3	12,186 3,3	15,412 4,1	10,999 3,2	9,153 2,5	12,992 3,4	14,141 3,7
BIP ZU MARKTPREISEN	351,118 2,0%	359,049 2,3%	368,030 2,5%	373,519 1,5%	348,364 -6,7%	363,984 4,5%	377,152 3,6%	385,785 2,3%

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMponentEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
PRIVATER KONSUM	0,814	1,023	0,566	0,345	-4,366	1,679	2,342	1,399
ÖFFENTLICHER KONSUM	0,363	0,154	0,243	0,285	-0,089	1,429	-0,429	0,050
BRUTTOINVESTITIONEN	1,063	1,086	1,512	-0,045	-1,180	1,557	0,676	0,599
ANLAGEINVESTITIONEN	0,977	0,978	1,040	1,155	-1,297	1,012	0,786	0,580
LAGERVERÄNDERUNGEN	0,094	0,095	0,432	-1,201	0,135	0,655	-0,240	0,000
EXPORTE I.W.S.	1,586	2,567	2,777	1,894	-5,965	6,528	3,074	2,505
WAREN	1,071	1,803	1,785	1,064	-2,986	6,403	0,826	1,633
DIENSTLEISTUNGEN	0,515	0,764	0,992	0,830	-2,979	0,125	2,247	0,871
IMPORTE I.W.S.	-1,838	-2,569	-2,718	-1,038	4,879	-7,035	-2,136	-2,317
WAREN	-1,336	-1,544	-1,560	0,004	2,395	-5,749	-1,030	-1,781
DIENSTLEISTUNGEN	-0,502	-1,026	-1,158	-1,041	2,485	-1,287	-1,106	-0,535
BRUTTOINLANDSPRODUKT	1,989	2,259	2,502	1,491	-6,735	4,484	3,618	2,289

TAB. 1/4: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
HAUSHALTSSPARQUOTE	7,8	7,5	7,7	8,5	14,4	13,2	8,8	7,4
ABSOLUTE DIFFERENZEN	1,1	-0,3	0,2	0,8	5,9	-1,2	-4,4	-1,4
INVESTITIONSQUOTE	23,1	23,6	24,1	25,0	25,2	25,6	25,7	25,7
ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,4	0,5	0,5	0,9	0,3	0,3	0,1	0,0
REALZINSSATZ	-1,48	-0,45	-1,11	-1,58	-2,60	-2,04	-2,37	-1,36
ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,08	1,03	-0,67	-0,47	-1,02	0,56	-0,33	1,01
HVPI - HARMONISIERTER VERBRAUCHERPREISINDEX	100,97 1,0%	103,22 2,2%	105,41 2,1%	106,98 1,5%	108,47 1,4%	111,46 2,8%	117,37 5,3%	119,95 2,2%
REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	47,860 0,9%	47,707 -0,3%	47,969 0,5%	48,377 0,8%	48,642 0,5%	48,917 0,6%	47,989 -1,9%	49,045 2,2%
ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	10,025 0,4%	10,049 0,2%	10,052 0,0%	10,041 -0,1%	9,560 -4,8%	9,747 2,0%	9,805 0,6%	9,921 1,2%
LOHNSTÜCKKOSTEN GESAMTWIRTSCHAFT	127,404 1,9%	128,989 1,2%	132,302 2,6%	135,844 2,7%	145,126 6,8%	146,530 1,0%	150,609 2,8%	155,556 3,3%
ARBEITSLOSENQUOTE EU DEF.-2021	6,5	5,9	5,2	4,8	6,1	6,2	5,0	4,8
ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,3	-0,5	-0,7	-0,4	1,3	0,1	-1,2	-0,2
BUDGETSALDO MAASTRICHT (% DES BIP)	-1,5	-0,8	0,2	0,6	-8,3	-5,8	-2,3	-1,7
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,5	0,7	1,0	0,4	-8,9	2,5	3,5	0,7

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	179,350 3,1%	186,016 3,7%	191,857 3,1%	196,244 2,3%	181,294 -7,6%	192,080 5,9%	212,170 10,5%	222,910 5,1%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	7,542 1,2%	7,933 5,2%	8,228 3,7%	8,698 5,7%	8,840 1,6%	9,135 3,3%	9,692 6,1%	10,182 5,1%
ÖFFENTLICHER KONSUM	70,274 3,3%	71,986 2,4%	74,510 3,5%	77,388 3,9%	80,414 3,9%	86,622 7,7%	87,012 0,4%	89,410 2,8%
BRUTTOINVESTITIONEN	86,743 5,8%	91,744 5,8%	99,141 8,1%	100,984 1,9%	98,249 -2,7%	111,213 13,2%	117,812 5,9%	123,233 4,6%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	45,366 8,7%	48,211 6,3%	50,349 4,4%	53,751 6,8%	50,848 -5,4%	53,798 5,8%	56,849 5,7%	58,999 3,8%
BAUINVESTITIONEN	37,228 2,2%	39,064 4,9%	42,486 8,8%	45,469 7,0%	44,920 -1,2%	49,295 9,7%	53,811 9,2%	57,083 6,1%
STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,000 0,003	-0,001 -0,001	0,127 0,128	0,664 0,537	-0,367 -1,030	0,671 1,037	0,673 0,002	0,674 0,002
INLANDSNACHFRAGE	343,909 3,8%	357,677 4,0%	373,863 4,5%	383,978 2,7%	368,430 -4,0%	399,722 8,5%	427,358 6,9%	446,410 4,5%
EXPORTE I.W.S.	187,409 2,5%	199,644 6,5%	213,682 7,0%	220,393 3,1%	195,104 -11,5%	225,681 15,7%	246,714 9,3%	259,892 5,3%
IMPORTE I.W.S.	173,711 2,3%	187,960 8,2%	202,120 7,5%	206,853 2,3%	184,213 -10,9%	222,032 20,5%	243,232 9,5%	254,566 4,7%
BIP ZU MARKTPREISEN	357,608 3,9%	369,362 3,3%	385,424 4,3%	397,519 3,1%	379,321 -4,6%	403,370 6,3%	430,840 6,8%	451,736 4,8%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	176,761 1,6%	180,075 1,9%	182,006 1,1%	183,066 0,6%	167,175 -8,7%	173,033 3,5%	181,339 4,8%	186,326 2,8%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	7,413 -0,5%	7,702 3,9%	7,795 1,2%	7,998 2,6%	7,702 -3,7%	7,714 0,2%	7,907 2,5%	8,065 2,0%
ÖFFENTLICHER KONSUM	69,282 1,8%	69,825 0,8%	70,695 1,2%	71,738 1,5%	71,409 -0,5%	76,224 6,7%	74,699 -2,0%	74,886 0,3%
BRUTTOINVESTITIONEN	85,616 4,5%	89,448 4,5%	94,893 6,1%	94,727 -0,2%	90,326 -4,6%	95,755 6,0%	98,102 2,5%	100,250 2,2%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	44,965 7,8%	47,435 5,5%	49,063 3,4%	51,749 5,5%	48,389 -6,5%	50,703 4,8%	52,529 3,6%	53,842 2,5%
BAUINVESTITIONEN	36,538 0,3%	37,526 2,7%	39,627 5,6%	41,208 4,0%	39,700 -3,7%	40,943 3,1%	41,966 2,5%	42,806 2,0%
STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,002 0,005	0,052 0,050	0,456 0,404	0,578 0,122	0,754 0,176	2,105 1,351	2,112 0,007	2,117 0,005
INLANDSNACHFRAGE	339,072 2,3%	347,044 2,4%	355,795 2,5%	358,123 0,7%	337,181 -5,8%	354,508 5,1%	363,837 2,6%	371,321 2,1%
EXPORTE I.W.S.	188,231 3,0%	197,450 4,9%	207,596 5,1%	214,690 3,4%	191,591 -10,8%	215,907 12,7%	227,768 5,5%	237,730 4,4%
IMPORTE I.W.S.	176,185 3,7%	185,504 5,3%	195,411 5,3%	199,278 2,0%	180,593 -9,4%	206,754 14,5%	214,776 3,9%	223,589 4,1%
BIP ZU MARKTPREISEN	351,118 2,0%	359,049 2,3%	368,030 2,5%	373,519 1,5%	348,364 -6,7%	363,984 4,5%	377,152 3,6%	385,785 2,3%

TAB. 4: PREISINDIZES (2015 = 100)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	101,465 1,5%	103,299 1,8%	105,412 2,0%	107,199 1,7%	108,446 1,2%	111,008 2,4%	117,002 5,4%	119,635 2,3%
ÖFFENTLICHER KONSUM	101,432 1,4%	103,095 1,6%	105,396 2,2%	107,876 2,4%	112,611 4,4%	113,642 0,9%	116,483 2,5%	119,395 2,5%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	101,340 1,3%	102,730 1,4%	104,668 1,9%	106,747 2,0%	108,680 1,8%	112,483 3,5%	117,140 4,1%	120,166 2,6%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	100,893 0,9%	101,636 0,7%	102,621 1,0%	103,868 1,2%	105,083 1,2%	106,103 1,0%	108,225 2,0%	109,578 1,3%
BAUINVESTITIONEN	101,889 1,9%	104,099 2,2%	107,215 3,0%	110,340 2,9%	113,148 2,5%	120,399 6,4%	128,225 6,5%	133,354 4,0%
INLANDSNACHFRAGE	101,426 1,4%	103,064 1,6%	105,078 2,0%	107,220 2,0%	109,268 1,9%	112,754 3,2%	117,459 4,2%	120,222 2,4%
EXPORTE I.W.S.	99,564 -0,4%	101,111 1,6%	102,931 1,8%	102,656 -0,3%	101,833 -0,8%	104,527 2,6%	108,318 3,6%	109,323 0,9%
IMPORTE I.W.S.	98,596 -1,4%	101,324 2,8%	103,434 2,1%	103,801 0,4%	102,005 -1,7%	107,390 5,3%	113,249 5,5%	113,855 0,5%
BIP ZU MARKTPREISEN	101,848 1,8%	102,872 1,0%	104,726 1,8%	106,425 1,6%	108,886 2,3%	110,821 1,8%	114,235 3,1%	117,095 2,5%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
WARENEXPORTE	131,524 1,8%	140,060 6,5%	149,248 6,6%	151,852 1,7%	138,328 -8,9%	166,627 20,5%	175,908 5,6%	183,860 4,5%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	40,354 4,5%	43,292 7,3%	46,977 8,5%	50,346 7,2%	46,396 -7,8%	51,499 11,0%	54,738 6,3%	57,368 4,8%
REISEVERKEHR	15,532 3,8%	16,293 4,9%	17,457 7,1%	18,194 4,2%	10,380 -43,0%	7,555 -27,2%	16,068 112,7%	18,665 16,2%
EXPORTE I.W.S.	187,409 2,5%	199,644 6,5%	213,682 7,0%	220,393 3,1%	195,104 -11,5%	225,681 15,7%	246,714 9,3%	259,892 5,3%
WARENIMPORTE	128,855 1,6%	138,912 7,8%	148,064 6,6%	147,973 -0,1%	135,229 -8,6%	166,181 22,9%	180,555 8,7%	188,229 4,3%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	37,049 4,3%	40,492 9,3%	44,826 10,7%	49,228 9,8%	45,474 -7,6%	49,401 8,6%	52,661 6,6%	55,918 6,2%
REISEVERKEHR	7,806 4,4%	8,556 9,6%	9,230 7,9%	9,652 4,6%	3,510 -63,6%	6,451 83,8%	10,015 55,3%	10,419 4,0%
IMPORTE I.W.S.	173,711 2,3%	187,960 8,2%	202,120 7,5%	206,853 2,3%	184,213 -10,9%	222,032 20,5%	243,232 9,5%	254,566 4,7%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
WARENEXPORTE	132,871 2,9%	139,385 4,9%	145,946 4,7%	149,957 2,7%	138,236 -7,8%	162,506 17,6%	165,757 2,0%	172,387 4,0%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	40,052 3,7%	42,365 5,8%	45,277 6,9%	47,973 6,0%	44,297 -7,7%	47,699 7,7%	48,748 2,2%	50,089 2,8%
REISEVERKEHR	15,308 2,4%	15,703 2,6%	16,368 4,2%	16,746 2,3%	9,396 -43,9%	6,600 -29,8%	13,531 105,0%	15,425 14,0%
EXPORTE I.W.S.	188,231 3,0%	197,450 4,9%	207,596 5,1%	214,690 3,4%	191,591 -10,8%	215,907 12,7%	227,768 5,5%	237,730 4,4%
WARENIMPORTE	131,455 3,6%	137,086 4,3%	142,773 4,1%	142,759 0,0%	133,576 -6,4%	155,115 16,1%	158,993 2,5%	165,750 4,3%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	37,052 4,3%	39,996 7,9%	43,599 9,0%	47,326 8,5%	43,729 -7,6%	45,686 4,5%	46,829 2,5%	48,702 4,0%
REISEVERKEHR	7,678 2,7%	8,390 9,3%	9,006 7,3%	9,184 2,0%	3,346 -63,6%	6,057 81,1%	9,086 50,0%	9,268 2,0%
IMPORTE I.W.S.	176,185 3,7%	185,504 5,3%	195,411 5,3%	199,278 2,0%	180,593 -9,4%	206,754 14,5%	214,776 3,9%	223,589 4,1%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2015 = 100)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
WARENEXPORTE	98,987 -1,0%	100,484 1,5%	102,262 1,8%	101,264 -1,0%	100,067 -1,2%	102,536 2,5%	106,125 3,5%	106,655 0,5%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	100,754 0,8%	102,187 1,4%	103,754 1,5%	104,946 1,1%	104,738 -0,2%	107,967 3,1%	112,286 4,0%	114,532 2,0%
REISEVERKEHR	101,459 1,5%	103,756 2,3%	106,652 2,8%	108,652 1,9%	110,467 1,7%	114,456 3,6%	118,748 3,8%	121,004 1,9%
EXPORTE I.W.S.	99,564 -0,4%	101,111 1,6%	102,931 1,8%	102,656 -0,3%	101,833 -0,8%	104,527 2,6%	108,318 3,6%	109,323 0,9%
WARENIMPORTE	98,023 -2,0%	101,332 3,4%	103,706 2,3%	103,652 -0,1%	101,238 -2,3%	107,134 5,8%	113,562 6,0%	113,562 0,0%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	99,992 0,0%	101,240 1,2%	102,814 1,6%	104,019 1,2%	103,989 0,0%	108,131 4,0%	112,456 4,0%	114,817 2,1%
REISEVERKEHR	101,665 1,7%	101,978 0,3%	102,489 0,5%	105,095 2,5%	104,910 -0,2%	106,492 1,5%	110,219 3,5%	112,423 2,0%
IMPORTE I.W.S.	98,596 -1,4%	101,324 2,8%	103,434 2,1%	103,801 0,4%	102,005 -1,7%	107,390 5,3%	113,249 5,5%	113,855 0,5%
TERMS OF TRADE, GESAMT	100,982 1,0%	99,790 -1,2%	99,514 -0,3%	98,897 -0,6%	99,832 0,9%	97,334 -2,5%	95,646 -1,7%	96,019 0,4%
TERMS OF TRADE, GÜTER	100,983 1,0%	99,164 -1,8%	98,608 -0,6%	97,696 -0,9%	98,843 1,2%	95,708 -3,2%	93,451 -2,4%	93,918 0,5%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICH (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
IMPORTQUOTE, GESAMT	48,576	50,888	52,441	52,036	48,564	55,044	56,455	56,353
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,763	2,312	1,553	-0,405	-3,472	6,480	1,411	-0,102
IMPORTQUOTE, GÜTER	36,033	37,609	38,416	37,224	35,650	41,198	41,908	41,668
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,815	1,576	0,807	-1,192	-1,574	5,548	0,710	-0,240
EXPORTQUOTE, GESAMT	52,406	54,051	55,441	55,442	51,435	55,949	57,263	57,532
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,683	1,645	1,390	0,002	-4,007	4,514	1,314	0,269
EXPORTQUOTE, GÜTER	36,779	37,919	38,723	38,200	36,467	41,309	40,829	40,701
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,745	1,141	0,804	-0,523	-1,733	4,842	-0,480	-0,128

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5612,242 1,0%	5625,702 0,2%	5629,901 0,1%	5631,117 0,0%	5630,493 0,0%	5633,530 0,1%	5630,728 0,0%	5616,967 -0,2%
ERWERBSQUOTE	78,900 0,4%	79,728 1,0%	80,769 1,3%	81,595 1,0%	82,051 0,6%	82,244 0,2%	83,313 1,3%	84,254 1,1%
ERWERBSPERSONEN	4428,084 1,5%	4485,272 1,3%	4547,191 1,4%	4594,732 1,0%	4619,903 0,5%	4633,234 0,3%	4691,132 1,2%	4732,547 0,9%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3674,603 0,6%	3687,409 0,3%	3698,440 0,3%	3698,881 0,0%	3701,922 0,1%	3679,796 -0,6%	3675,721 -0,1%	3681,597 0,2%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS- KRÄFTEANGEBOT	753,482 5,8%	797,863 5,9%	848,751 6,4%	895,851 5,5%	917,981 2,5%	953,438 3,9%	1015,411 6,5%	1050,951 3,5%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	483,900 1,8%	490,000 1,3%	493,600 0,7%	496,100 0,5%	493,100 -0,6%	496,552 0,7%	502,759 1,3%	507,786 1,0%
UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	3944,184 1,4%	3995,272 1,3%	4053,591 1,5%	4098,632 1,1%	4126,803 0,7%	4136,682 0,2%	4188,373 1,2%	4224,761 0,9%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE	3502,431 1,6%	3573,088 2,0%	3661,127 2,5%	3720,041 1,6%	3643,933 -2,0%	3734,366 2,5%	3846,397 3,0%	3888,707 1,1%
KINDERGELDBEZIEHENDE UND PRÄSENZDIENSTLEISTENDE	84,440 -1,9%	82,208 -2,6%	80,357 -2,3%	77,263 -3,9%	73,231 -5,2%	70,575 -3,6%	70,857 0,4%	70,857 0,0%
ARBEITSLOSE	357,313 0,8%	339,976 -4,9%	312,107 -8,2%	301,328 -3,5%	409,639 35,9%	331,741 -19,0%	271,119 -18,3%	265,196 -2,2%
ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	9,059 -0,051	8,509 -0,550	7,700 -0,810	7,352 -0,348	9,926 2,574	8,020 -1,907	6,473 -1,546	6,277 -0,196

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
ARBEITNEHMERENTGELT LAUT VGR	170,081 3,9%	176,086 3,5%	185,127 5,1%	192,918 4,2%	192,220 -0,4%	202,781 5,5%	215,966 6,5%	228,167 5,6%
BRUTTOBETRIEBSÜBERSCHUSS/ SELBSTSTÄNDIGENEINKOMMEN	142,151 4,6%	146,689 3,2%	153,153 4,4%	155,768 1,7%	154,623 -0,7%	163,157 5,5%	169,207 3,7%	176,075 4,1%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	45,376 1,6%	46,587 2,7%	47,144 1,2%	48,833 3,6%	32,478 -33,5%	37,432 15,3%	45,667 22,0%	47,494 4,0%
BIP ZU MARKTPREISEN NOMINELL	357,608 3,9%	369,362 3,3%	385,424 4,3%	397,519 3,1%	379,321 -4,6%	403,370 6,3%	430,840 6,8%	451,736 4,8%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	-0,027 -99,2%	-3,463 12754,7%	-3,773 8,9%	-1,437 -61,9%	-0,427 -70,3%	-1,921 350,0%	-2,401 25,0%	-2,449 2,0%
ABSCHREIBUNGEN LAUT VGR	63,753 3,5%	66,243 3,9%	69,288 4,6%	72,706 4,9%	75,662 4,1%	78,688 4,0%	81,639 3,8%	84,701 3,8%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	293,828 5,2%	299,655 2,0%	312,364 4,2%	323,375 3,5%	303,232 -6,2%	322,761 6,4%	346,800 7,4%	364,586 5,1%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-3,446 9,5%	-2,682 -22,2%	-3,765 40,3%	-3,399 -9,7%	-3,270 -3,8%	-2,779 -15,0%	-2,863 3,0%	-2,949 3,0%
VERFÜGBARES NETTOEINKOMMEN DER VOLKSWIRTSCHAFT	290,382 5,2%	296,973 2,3%	308,599 3,9%	319,976 3,7%	299,962 -6,3%	319,982 6,7%	343,937 7,5%	361,637 5,1%

TAB. 11 : MONETÄRER BEREICH (JAHRESDURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
EINLAGEN VON INLÄNDISCHEN NICHTBANKEN	332,764 4,4%	346,681 4,2%	362,125 4,5%	375,397 3,7%	399,604 6,4%	422,015 5,6%	442,271 4,8%	461,289 4,3%
DAVON SPAREINLAGEN	145,707 -1,0%	147,435 1,2%	152,784 3,6%	153,490 0,5%	160,649 4,7%	185,666 15,6%	186,037 0,2%	186,223 0,1%
KREDITVOLUMEN (FORDERUNGEN AN INLÄNDISCHE NICHTBANKEN)	328,388 1,4%	331,592 1,0%	342,859 3,4%	359,089 4,7%	374,486 4,3%	391,342 4,5%	408,170 4,3%	419,191 2,7%
EURIBOR 3M ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,26 -0,24	-0,33 -0,07	-0,32 0,01	-0,36 -0,04	-0,43 -0,07	-0,55 -0,12	-0,22 0,33	0,52 0,74
ÖSTERREICHISCHE BENCHMARKRENDITE 10J ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,37 -0,38	0,56 0,19	0,69 0,13	0,05 -0,64	-0,28 -0,33	-0,26 0,02	0,71 0,97	1,16 0,45

TAB. 12: WECHSELKURSE

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
USD/EUR	1,11 -0,3%	1,13 1,8%	1,18 4,4%	1,12 -5,1%	1,14 1,8%	1,18 3,5%	1,10 -6,8%	1,10 0,0%
GBP/EUR	0,82 11,3%	0,88 7,3%	0,88 0,0%	0,88 0,0%	0,89 1,1%	0,86 -3,4%	0,84 -2,3%	0,84 0,0%
YEN/EUR	120,33 -10,4%	126,66 5,3%	130,37 2,9%	122,09 -6,4%	121,81 -0,2%	129,85 6,6%	129,96 0,1%	129,96 0,0%
CHF/EUR	1,09 2,0%	1,11 1,8%	1,15 3,6%	1,11 -3,5%	1,07 -3,6%	1,08 0,9%	1,03 -4,6%	1,03 0,0%

TAB. 13: STATISTISCHE KOMPONENTEN DER BIP-VERÄNDERUNG

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
STATISTISCHER ÜBERHANG ¹	0,4%	1,0%	0,9%	0,9%	-0,2%	0,6%	1,5%	0,5%
JAHRESVERLAUFSRATE ²	2,5%	2,3%	2,4%	0,3%	-6,1%	5,6%	2,5%	2,5%
JAHRESVERÄNDERUNGSRATE ³	2,0%	2,3%	2,5%	1,5%	-6,7%	4,5%	3,6%	2,3%

1) Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum Quartalsdurchschnitt des Vorjahres

2) Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal in Relation zum vierten Quartal des Vorjahres

3) Jahresveränderungsrate des nicht saison- und kalenderbereinigten realen BIP (Ursprungswerte)